

Kleine Bibliothek Nr. 5

Die Kinderarbeit  
und ihre Bekämpfung

Von Alice Dunbar

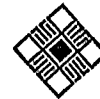
J. S. W. Metz Nachf. Leipzig

16882

# Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung

Von  
**Räte Duncker**

**Zweite, durchgesehene Auflage**



**Sozialdemokratische Partei  
Deutschlands  
Partei Vorstand  
Bibliothek**

**Stuttgart**  
Verlag von J. S. W. Diez Nachfolger  
1910

*Friedrich-Ebert-Stiftung  
Bibliothek*

## Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
I. Die Kinderarbeit als Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise . . . . .	5
II. Die Kinderschutzgesetzgebung in Deutschland bis 1891 . . . . .	11
III. Die Erhebungen von 1898 . . . . .	17
IV. Das Kinderschutzgesetz vom 30. März 1903 . . . . .	33
1. Geltungsbereich des Gesetzes . . . . .	33
2. Verbotene Beschäftigungsarten . . . . .	37
3. Schutzalter der Kinder in den erlaubten Beschäftigungsarten . . . . .	39
4. Beginn, Dauer und Pausen der Beschäftigung . . . . .	41
5. Beschäftigung im Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften . . . . .	41
6. Beschäftigung beim Austragen von Waren und bei sonstigen Botengängen . . . . .	43
7. Sonntagsruhe . . . . .	45
8. Anzeigepflicht . . . . .	46
9. Arbeitskarte . . . . .	46
10. Kontrollbestimmungen . . . . .	47
V. Beurteilung und bisheriger Erfolg des Kinderschutzgesetzes . . . . .	49
Erster Anhang: Gesetz, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben . . . . .	67
Zweiter Anhang: Verzeichnis derjenigen Werkstätten, in deren Betrieb, abgesehen vom Austragen von Waren und von sonstigen Botengängen, Kinder nicht beschäftigt werden dürfen . . . . .	77

R 2911

Druck von Pahl Singer in Stuttgart.

A16382

I.

## Die Kinderarbeit als Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

Wenn man einmal in künftigen besseren Zeiten auf die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zurückblicken wird, dann wird vor dem Richterstuhle der Geschichte unter all den Verbrechen, die sie an der Menschheit und ihrem Glück begangen hat, am schwersten die Ausbeutung der Kinder ins Gewicht fallen. Denn „die Auszehrung der Lebenskräfte aus diesen mehrloseten Geschöpfen, die Vernichtung der Lebensfreude gleich an der Schwelle des Lebens, die Verzehrung der Saat der Menschheit schon auf den Halmen — das ist mehr als alles, was die furchtbare Herrschaft des Kapitals an der Gegenwart sündigt, das sind auch noch Eingriffe mit mörderischer Hand in die Zukunft“.<sup>1</sup>

Kannte denn die vorkapitalistische Zeit die Kinderarbeit nicht? Wohl ist schon in frühesten Zeiten von Kindern Arbeit geleistet worden, aber sie vollzog sich im Rahmen der Hauswirtschaft und für den Bedarf der Familie selbst. Da es also nicht Erwerbsarbeit war, fehlte ihr der ausbeutende Charakter, ging sie nicht über ein gesundheitlich und erzieherisch zulässiges Maß hinaus. Dasselbe gilt auch in der Regel dort, wo wir im alten Handwerk Knaben von 11 oder 12 Jahren als Lehrlinge finden. Und die Hirtenknaben müssen damals — nach der Rolle zu urteilen, die sie in Dichtung und Sage spielen — ein wesentlich an-

<sup>1</sup> Rosa Luxemburg, Leipziger Volkszeitung, Nr. 97 von 1902.

genehmeres Dasein geführt haben, als die Hütelinder von heute.

Aber gleich in den allerersten Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise, in ihrer hausindustriellen Periode, sehen wir eine ausgedehnte Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft auftreten.

Das Anwachsen der fürstlichen Landesmacht seit dem 15. Jahrhundert erweiterte den engen städtischen Markt, wo der Handwerker noch in direktem Verkehr mit dem Kunden stand, zu einem nationalen. Jetzt schob sich der Kaufmann zwischen Produzenten und Konsumenten, und der Handel wurde zur ausschlaggebenden volkswirtschaftlichen Macht. Dazu hatten die Entdeckungen um die Wende des 15. Jahrhunderts noch überseeische Absatzgebiete eröffnet, zu deren Versorgung das in enge Zunftschranken gebannte Handwerk erst recht nicht fähig war. Da schaffte sich das Kaufmannskapital die Massenproduktion, deren es zur Befrachtung seiner Handelsschiffe bedurfte, indem es — vor allem in Gebirgsgegenden, wo der Ackerbau die Bewohner nur kärglich ernährte — Hausindustrien ins Leben rief. Der Kaufmann bestellte die Waren, lieferte wohl auch den Rohstoff, bezahlte die fertigen Produkte und nahm das Risiko, aber auch den Gewinn des Vertriebs auf sich. Daß das Risiko nicht zu groß und der Gewinn nicht zu klein ausfiel, dafür sorgte er schon, indem er den Hausindustriellen ihre Arbeit schlecht genug bezahlte, so daß diese bald genötigt waren, auch ihre Frauen und Kinder mit zur Arbeit heranzuziehen. Immerhin ist diese Kinderarbeit noch auf kleine Gebiete beschränkt, in Deutschland auf die Gebiete schlesischer, thüringisch-sächsischer und rheinischer Hausindustrie.

In größerem Umfange trat die Kinderarbeit erst auf mit der Erfindung der Maschinen. „Sofern die Maschinerie Muskelkraft entbehrlich macht, wird sie zum Mittel, Arbeiter ohne Muskelkraft oder von unreifer Körperentwicklung, aber größerer Geschmeidigkeit der Glieder anzuwenden. Weiber-

und Kinderarbeit war daher das erste Wort der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie! Dies gewaltige Ersatzmittel von Arbeit und Arbeitern verwandelte sich damit sofort in ein Mittel, die Zahl der Lohnarbeiter zu vermehren durch Einreihung aller Mitglieder der Arbeiterfamilie, ohne Unterschied von Geschlecht und Alter, unter die unmittelbare Notmäßigkeit des Kapitals.“<sup>1</sup>

Die Maschine schuf mit der Möglichkeit auch zugleich die Notwendigkeit der Anwendung von Kinderarbeit. Indem sie erwachsene Arbeitskräfte verdrängte, drückte sie mit Hilfe dieser überzähligen die Löhne der übrigen herab und zwang sie dadurch, auch ihre Frauen und Kinder in die Fabrik zu schicken, wenn die Existenz der Familie nicht in Frage gestellt werden sollte. Die Fabrikbesitzer fanden bald so sehr Geschmack an der Einstellung dieser billigen Arbeitskräfte, daß sie die Verwendung der teureren männlichen auf ein Minimum beschränkten. Oft genug kam der Fall vor, daß Frauen und Kinder für den Unterhalt der Familie in der Fabrik arbeiteten, während der arbeitslose Mann daheim die Wirtschaft versorgte. Während so im Großbetrieb die Maschine direkt die Kinderausbeutung hervorrief, führte sie im Kleinbetrieb auf indirektem Wege zu demselben Resultat: auf seiner Hände Arbeit angewiesen, die unaufhaltsam im Werte sank, sah sich der Kleinbetriebliche Produzent gezwungen, Weib und Kind zur Mitarbeit heranzuziehen, um mit der Maschine konkurrieren zu können.

Wo die Maschine zuerst in großem Umfange zur Anwendung kam, in den Textilindustriebezirken Englands, da sehen wir auch die Kinderausbeutung zuerst ihre furchtbaren Orgien feiern. Engels erzählt: „Man nahm die Kinder aus den Armenhäusern, von denen sie scharenweise als ‚Lehrlinge‘ bei den Fabrikanten auf längere Jahre

<sup>1</sup> Marx, Kapital I, 4. Aufl., S. 352.

vermietet wurden. Sie wurden gemeinschaftlich logiert und bekleidet, und waren natürlich die vollständigen Sklaven ihrer Brotherrn, von denen sie mit der größten Rücksichtslosigkeit und Barbarei behandelt wurden. . . . Der Bericht der Zentralkommission erzählt, daß die Fabrikanten Kinder selten mit 5, häufig mit 6, sehr oft mit 7, meist mit 8 bis 9 Jahren zu beschäftigen anfangen, daß die Arbeitszeit oft 14 bis 16 Stunden (außer Freistunden zu Mahlzeiten) täglich dauere, daß die Fabrikanten es zuließen, daß die Aufseher die Kinder schlugen und mißhandelten, ja oft selbst tätige Hand anlegten.“<sup>1</sup>

Engels schildert ferner die furchtbaren Folgen, die die fortwährende Beschäftigung mit demselben Handgriff in einseitiger Körperstellung für das Wachstum und die Entwicklung des kindlichen Körpers hat: Verkrüppelung des Rückgrats und der Gliedmaßen, Zusammenpressung des Brustkastens, Einwärtskrümmung der Knie und Füße, Verdickung der Gelenke usw. Dazu gesellten sich noch geistige Verblöddung und sittliche Entartung dieser armen Ausgebeuteten.

War in England, als dem Mutterlande der Fabrikindustrie, zuerst die Kinderausbeutung in großem Maßstabe betrieben worden, so eiferte Deutschland, sowie die Industrie dort festen Fuß gefaßt hatte, getreulich seinem Beispiel nach. Die Bilder, die die amtlichen Berichte im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts von der Kinderausbeutung vor allem in Rheinpreußen und Westfalen, aber auch in Schlesien, Brandenburg und Provinz Sachsen entrollen, stehen an Furchtbarkeit durchaus nicht hinter denen von England zurück.

1818 erfuhr die preussische Regierung zufällig, daß ein rheinischer Fabrikant eine Fabriksschule errichtet hatte. Und da man in der damaligen Zeit der Demagogenhege besorgt

<sup>1</sup> Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England, 2. Aufl., S. 153 und 154.

aar, daß die Kinder in den Schulen etwa zuviel lernen möchten, forderte der preussische Kultusminister von Altenstein von der Düsseldorf Regierung näheren Bericht über diese Schule. Es stellte sich heraus, daß jener Fabrikant zwei Spinnereien besaß, in denen sowohl zur Tages- als zur Nachtarbeit Kinder vom sechsten Jahre an ausgebeutet wurden. In der einen arbeiteten am Tage 96, bei Nacht 65 Kinder, in der anderen am Tage 95, bei Nacht 80 Kinder. Die Arbeitszeit währte am Tage 13, bei Nacht 11 Stunden. Der Tagelohn der Kinder betrug für die kleineren 20, für die größeren 30 Pfennig. Die Fabriksschule aber bestand darin, daß die Tageskinder eine, die Nachtkinder zwei Stunden lang unterrichtet wurden. Diese Zustände waren sogar einem preussischen Kultusminister bedenklich, und er ordnete in der Rheinprovinz, in Westfalen, Schlesien, Brandenburg und Provinz Sachsen eine Untersuchung über Art und Dauer der fabrikmäßigen Kinderarbeit, sowie über Alter, gesundheitliche und sittliche Verfassung der beschäftigten Kinder an. Amtlich wurde festgestellt, daß vor allem in der Textilindustrie, aber auch in Kleinereisen-, Papier-, Tabak-, Glas- und Porzellanfabriken, sowie im Grubenbau, in Eisenschmelzhütten, in Poch- und Walzwerken zahllose Kinder im zartesten Alter, schon von 4 und 6 Jahren an ausgebeutet wurden und für einen Tagelohn von wenigen Groschen 10 bis 15 stündige Arbeit zu leisten hatten. Der gesundheitliche Zustand wird fast durchweg als trostlos geschildert. „Bleiche Gesichter, matte und entzündete Augen, aufgeschwollene Leiber, aufgedunsene Backen, geschwollene Lippen und Nasenflügel, Drüsenanschwellungen am Halse, böse Hautausschläge und asthmatische Zufälle unterscheiden diese unglücklichen Geschöpfe, die frühe dem Familienleben entfremdet wurden und ihre Jugendzeit in Kummer und Elend verbrachten, in gesundheitlicher Beziehung von Kindern derselben Volksklasse, welche nicht in Fabriken arbeiten.“ Nicht weniger trüb stand es um die sittliche Bildung dieser

Kinder. Ihre einzige Erholung sei Branntwein, Tabak, Unzucht, Spiel und Kauferei, so erzählt zum Beispiel der Bericht aus Jserlohn. Und der Magistrat von Lützenwalde klagt über die in den dortigen Tuchmanufakturen arbeitenden Kinder: „Die Kinder wachsen auf in sittlichem Verderben... So wird der Staat und seine Mitglieder sich solcher Bürger und Bürgerinnen, deren junge Seelen in den Fabriken verdorben wurden, deren Geist in der Kindheit schon erdrückt, deren besserer Sinn schon erstickt, deren sittliches und religiöses Gefühl schon im Keime vergiftet wurde, schwerlich zu erfreuen haben... Die Nachwelt wird seufzen über eine Generation, die den Grund zu ihrem Verderben legte, und die Reichtümer der Fabriken werden am Ende zur Unterhaltung der erforderlichen Zuchthäuser, Galgen und Räder kaum zureichen.“ Eine kräftige Sprache! Heute würde sie kein „Magistrat“ mehr wagen.

## II.

## Die Kinderschutzgesetzgebung in Deutschland bis 1891.

Trotz der haarsträubenden Mitteilungen, die 1824 bis 1825 im Kultusministerium einliefen, geschah noch lange, lange nichts. Es ist fast schwer, keine Satire zu schreiben, wenn man das jammervolle Hin und Her verfolgt, mit dem die heilige preussische Bureaucratie Jahr um Jahr verstreichen ließ.<sup>1</sup>

Der Kultusminister bedurfte zu einem energischen Vorgehen der Zustimmung des Ministers des Innern. Diesem aber lag vor allem daran, die junge Industrie recht rasch groß zu pöppeln, gleichviel um welchen Preis. Deshalb mußte den Fabrikanten möglichst lange volle Ausbeutungsfreiheit gewährt werden. Selbst als 1828 der Generalleutnant v. Horn dem König berichtete, daß die Fabrikgegenden ihr Rekrutenkontingent nicht mehr stellen könnten, geschah weiter nichts, als daß der Minister des Innern auf eine neue Mahnung Altensteins grob erwiderte: „die übertriebenen Anforderungen der Schule“ wirkten mindestens ebenso schädlich auf die Entwicklung der Jugend wie die Fabrikarbeit. Es dauerte noch vier Jahre (1832), ehe der Minister des Innern sein Einverständnis zu einem die Kinderarbeit regelnden Gesetz erklärte. Unterdes scheint aber Altensteins Interesse für die Sache erloschen zu sein: er gab sich gar

<sup>1</sup> Siehe Anton, Geschichte der preussischen Fabrikgesetzgebung (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, herausgegeben von Schmoller, 11. Band, 2. Heft), die auch der obigen Darstellung zugrunde liegt.

nicht die Mühe, ein Gesetz zu entwerfen. 1835 sendet der Oberpräsident der Rheinprovinz, v. Bodelschwingh, einen Gesetzentwurf ein, der Kindern, die nicht mindestens drei Jahre Schulunterricht genossen haben, die Fabrikarbeit untersagt und die der unter 12 Jahre alten auf einen halben Tag (sieben Stunden) beschränkt. Nichts geschieht! 1836 brachte der Oberpräsident seinen Entwurf in Erinnerung. Alles still! 1837 richtet der rheinische Provinziallandtag eine Adresse gegen den Mißbrauch der Fabrikkinder an den König. Diese Petition wird 1838 mit der Bitte um Beschleunigung in Erinnerung gebracht. Da endlich, 1839, wird ein „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken“ erlassen, das die regelmäßige Fabrikarbeit unter 9 Jahren verbietet und sie bis zum 16. Jahre auf 10 Stunden (zwischen 5 Uhr früh und 9 Uhr abends) beschränkt. Auch Nacht- und Sonntagsarbeit sollte nicht mehr gestattet sein. — Wir haben diese Entwicklung so ausführlich behandelt, weil sie handgreiflich beweist, was es mit der Arbeiterfürsorge, die die Hohenzollern bekanntlich „von jeher“ gehegt haben sollen, auf sich hat.

Und in diesem Falle war, was lange währte, noch nicht einmal gut geworden: die Bestimmungen von 1839 blieben bedrucktes Papier. Die Kinderausbeutung durch Fabrikarbeit blieb bestehen, und mit ihr blieben ihre unheilvollen Folgen. 1853 wurde amtlich festgestellt, daß in Preußen etwa 8000 Kinder im Alter von 9 bis 12 Jahren und 24000 von 12 bis 14 Jahren in Fabriken beschäftigt waren. Wenn man bedenkt, daß sich die eigentliche Fabrikbevölkerung damals in Preußen nur auf zirka eine halbe Million bezifferte, so sieht man, daß der verhältnismäßige Anteil der Untervierzehnjährigen sehr groß war (6 Prozent). Thun sagt über die Kinderarbeit in der Arefelder Seidenindustrie, der Gladbacher Baumwollenweberei und der Aachener Tuchfabrikation: „Kinder von 5 Jahren an sitzen in der unbequemsten Lage, mit zusammengezogenen Beinen und ge-

bücktem Rücken in überfülltem Raume am Spulrad... Schwächlinge, übermüdet, der Kopf grindig, die Augen triefend, die Brust schwindluchtig, der Magen leidend; zum Militärdienst taugten sie nicht, in die Schule kamen sie nicht, und verirrte solch ein Geschöpf sich einmal dahin, so fand es wenigstens auf einige Augenblicke den Schlaf und die Ruhe, welche ihm sonst die schreckliche Stimme des Werkmeisters raubten.“<sup>1</sup>

Die Regierung sah ein, daß diesen Übelständen energischer entgegengetreten werden mußte, und so schuf sie 1853 ein neues Gesetz, das die Fabrikarbeit für Kinder unter zwölf Jahren untersagte und bis zum 14. Jahre nur eine sechs-, bis zum 16. Jahre eine zehnstündige Arbeitszeit gestattete.<sup>2</sup>

Auch das Gesetz von 1853 wurde nicht durchgeführt — begreiflicherweise: hatte man doch die Ortsbehörden mit seiner Ausführung betraut. Sehr richtig sagt Thun: „Ist in industriellen Gegenden der Landrat nicht oft von den Eingeseffenen gewählt, wird ihm nicht von ihnen eine Gehaltszulage bewilligt, besteht nicht sein täglicher Umgang aus den Fabrikanten? Und nun vollends die subalternen Bürgermeister! Woher sollen sie den Mut nehmen, gegen die Männer aufzutreten, welche im Gemeinderat ihren Gehalt votieren?... Von Revisionen war daher bei den Ortsbehörden nicht die Rede oder dieselben wurden schlimmsten-

<sup>1</sup> Thun, Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter. 1. Teil. S. 109 und 177.

<sup>2</sup> Aus den Kammerverhandlungen über dieses Gesetz mag eine interessante Notiz erwähnt werden, durch die der Zentrumsabgeordnete Reichensperger seine Ausführungen für die Einschränkung der Kinderarbeit stützte. Er zitierte den französischen Staatsmann Charles Dupin, nach welchem von 100 schwarzen Sklavenkindern, die in den Kolonien geboren wurden, nach dem 14. Jahre noch 74 am Leben waren, weil der Herr der Sklaven ein Interesse daran hatte, ihr Leben zu schonen; während von 100 weißen sogenannten freien Kindern in den Fabrikdistrikten Englands schon 74 Kinder vor dem 2. Jahre gestorben waren.

<sup>3</sup> A. a. O. S. 180 ff.



falls am Abend vorher beim Schoppen Wein dem Fabrikanten angezeigt." Und da, wo ein besonders dazu angestellter Beamter die Durchführung des Gesetzes energisch zu betreiben versuchte, wie zum Beispiel in Aachen, wußten die Fabrikanten ihn in so raffinierter Weise zu hintergehen, daß auch hier das Resultat des Gesetzes gleich Null war.

Im industriellen Sachsen dachte man erst 1861 an eine gesetzliche Beschränkung der Kinderarbeit, und man griff obendrein noch weit zaghafter zu als in Preußen. Kinder unter 10 Jahren sollten gar nicht, 10 bis 14-jährige bis zu 10 Stunden täglich in Fabriken beschäftigt werden dürfen. Mit der Durchführung dieser Bestimmungen stand es aber um kein Haar besser als in Preußen.

Die Gewerbeordnung, die 1869 für den Norddeutschen Bund, 1871 für die übrigen deutschen Staaten Geltung gewann, blieb betreffs der Kinderarbeit bei den preussischen Bestimmungen von 1853 stehen. Sie verbot noch nicht einmal die Fabrikarbeit von Kindern unter 12 Jahren vollständig, sondern gestattete ihre „nicht regelmäßige“ Beschäftigung. Kinder von 12 bis 14 Jahren durften höchstens 6 Stunden lang ausgebeutet werden; diese Stunden konnten aber nach Belieben über den ganzen Tag verzettelt werden (von 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr morgens bis 8 Uhr abends), was eine Kontrolle unmöglich machte. Die Nichtbeachtung dieser Vorschriften war daher allgemein.

Eine 1874 bis 1875 veranstaltete Enquete enthüllte wieder die unerträglichsten Mißstände, namentlich im Königreich Sachsen, wo ja die Kinderausbeutung noch aus den Zeiten der vorzugsweisen hausindustriellen Arbeitsweise den Unternehmern zum unantastbaren Privileg und dem Volke zur traurigen Gewohnheit geworden war. Wir erfahren da: „Nach Angabe eines Schuldirektors im Zwickauer Bezirk gibt es Fabriken, in denen ununterbrochen Kinder unter 12 Jahren, ja sogar 7 bis 8-jährige Kinder beschäftigt werden; wird von der Behörde die Fabrik revidiert, so

werden diese Kinder von einem Unterbeamten sofort auf einen der oberen Böden geführt und zwischen Warenballen versteckt gehalten.“ „Bewußt und grundsätzlich scheint das Gesetz in den Glashütten verletzt zu werden... Von einer Verwaltungsbehörde im Dresdener Bezirk wird angegeben, daß, so oft auf ihre Anordnung in den Glasfabriken Revisionen stattgefunden haben, stets Verletzungen des Gesetzes entdeckt worden seien. Die Folge dieser Revisionen sei lediglich gewesen, daß um die Fabrikgrundstücke eine geschlossenere Umfriedigung hergestellt und für bessere Überwachung der Ein- und Ausgehenden Sorge getragen worden sei.“ „Nach Angabe eines Lehrers aus dem Bautzener Bezirk sind die in den Glashütten beschäftigten schulpflichtigen Arbeiter wegen der Nachtarbeit wöchentlich zwei- bis dreimal behindert gewesen, am Schulunterricht teilzunehmen.“<sup>1</sup>

Trotz der traurigen Ergebnisse dieser Enquete, und obgleich die sozialdemokratischen Abgeordneten 1877 einen umfassenden Arbeiterschutzesentwurf eingereicht hatten, in dem ein Verbot der Kinderarbeit bis zum 14. Jahre gefordert wurde, geschah nichts, dem Übel ernstlich zu Leibe zu gehen.<sup>2</sup> Höchstens, daß durch die 1878 erfolgte Einführung einer obligatorischen Fabrikinspektion die Kontrolle ein wenig vermehrt wurde.

Erst 1891 raffte sich die Regierung dazu auf, einen Schritt vorwärts zu tun. Die neuen Bestimmungen verboten die Fabrikarbeit der volkschulpflichtigen Kinder gänzlich und beschränkten die der Schulentlassenen bis zum voll-

<sup>1</sup> Zitiert nach Schippels Sozialdemokratischem Reichstagshandbuch, S. 706 f.

<sup>2</sup> Gleich in der ersten Session des norddeutschen Reichstags 1867 hatte der sozialdemokratische Abgeordnete v. Schweiger den Entwurf zu einem Arbeiterschutzesgesetz vorgelegt, der aber mangels genügender Unterstützung nicht einmal zur Verhandlung gekommen war. Auch bei Beratung der Gewerbeordnung 1869 versuchten die Sozialdemokraten, einen Antrag auf Abschaffung der Kinderarbeit durchzusetzen, jedoch ohne Erfolg.

endeten 14. Jahre auf 6, die der 14 bis 16jährigen auf 10 Stunden.

Fürwahr, die Mühlen der Gesetzgebung mahlen langsam, furchtbar langsam! Dreiundsiebzig Jahre hat es gedauert, ehe sich die Einsicht in die Gefahren der Kinderarbeit zu einer wirklichen Tat verdichtete! Wieviel Tausende unschuldiger Kinder mögen in dieser Zeit der Verkrüppelung, der geistigen und sittlichen Verkümmern, ja dem frühen Tode zum Opfer gefallen sein, weil man sie zu jung und zu lange zur Erwerbsarbeit herangezogen hat! Jeder Bauer weiß, daß er sein junges Fohlen nicht zu früh vor den Pflug spannen darf, wenn ein kräftiges, leistungsfähiges Pferd daraus werden soll. Drum läßt er es ledig laufen, bis es ungefähr ausgewachsen ist. Aber diese erste Regel der Tierzucht gilt nicht für die Aufzucht junger Menschenkinder. Wenn nur die Industrie „konkurrenzfähig“ ist, wenn nur die Dividenden ansehnlich sind, was kümmert uns dann die Zukunft! Es sind ja nur Proletariatskinder, denen die Kindheit geraubt, Proletariatsexistenzen, die da vorzeitig vernichtet werden.

### III.

## Die Erhebungen von 1898.

Welchen Erfolg hatten nun die gesetzlichen Bestimmungen von 1891? Aus den Fabrikbetrieben waren die schulpflichtigen Kinder endgültig entfernt; Übertretungen kamen seltener vor, da sie der durch das absolute Verbot erleichterten Kontrolle gegenüber den Fabrikanten denn doch zu riskant waren. Aber es kam so, wie es alle einsichtigen Menschen gefürchtet, wie es die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten schon bei Beratung des Gesetzes vorausgesagt hatten: dadurch, daß die Kinderarbeit nur für Fabriken verboten war, fand eine Abwanderung der Kinder in andere Erwerbszweige statt, vor allem in die Hausindustrie, wo sie weit schlimmerer Ausbeutung preisgegeben sind. Die Kinderausbeutung in Fabriken war man los geworden, die Kinderausbeutung selbst war geblieben.

Nach wie vor wurden Kinder in der Landwirtschaft beim Milchenverziehen und Kartoffelausmachen und als Hülfskinder verwendet, Sonnenbrand und Regengüssen ausgesetzt. Nach wie vor durften sie in Handwerkerwerkstätten, in Ziegeleien, in Steinbrüchen, in Gastwirtschaften, in hausindustriellen Betrieben der verschiedensten Art beschäftigt werden, durften mit Waren hausieren gehen, Zeitungen und Brötchen tragen und Aufwartedienste leisten. Die einseitige Fabrikkur hatte, wie Schippel sagt, die Sicht nur von einem Bein ins andere getrieben. Die gesundheitliche, moralische und geistige Schädigung blieb dieselbe.

Die Klagen mehrten sich. Die Arbeiterpresse, die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, die Berufs- und Gewerbe- zählung von 1895 und vor allem die Erhebungen des Deutschen Lehrervereins (1894 bis 1898) häuften ein so erdrückendes Anlagematerial auf, daß die Regierung nicht länger untätig bleiben konnte: sie veranstaltete 1898 eine Enquete über den Umfang der Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder. Wieder aber vermied sie, ganze Arbeit zu machen, indem sie die in der Landwirtschaft und im Gesindebedienste beschäftigten Kinder von den Erhebungen ausschloß. Sehr mit Unrecht. Denn die Berufszählung von 1895 hatte erwiesen, daß auf diesen beiden ausgeschlossenen Berufsarten das Hauptgewicht der Kindererausnützung ruhte (135 125 in der Landwirtschaft und 33 501 im Gesindebedienst Beschäftigte gegenüber 45 375 im Gewerbe und Handel usw. Tätigen).

Die Enquete<sup>1</sup> ergab 532 283 in Gewerbe, Handel und Verkehr erwerbstätige Kinder, fast zwölfmal soviel, wie durch die Berufszählung von 1895 für dieselben Berufsarten ermittelt worden waren. Dessenungeachtet hat diese Zahl nur den Wert einer Minimalzahl. In Württemberg hat man nur in 24 (statt 64) Oberamtsbezirken Erhebungen veranstaltet, für die übrigen Bezirke 12 000 arbeitende Kinder „schätzungsweise“ angegeben. Sachsen-Koburg-Gotha berichtet nur aus 63 (von 306) Gemeinden. In Bayern und Bremen, wo die Polizeiorgane mit den Ermittlungen betraut worden waren (in den anderen Staaten haben die Volksschullehrer die Arbeit gemacht), ist der Umfang der Kinderarbeit nicht einmal annähernd festgestellt. Obgleich also die Zahl der gewerblich tätigen Kinder viel zu klein angegeben ist, beträgt sie doch schon 6,5 Prozent der volksschulpflichtigen Jugend in Deutschland.<sup>2</sup> Ja, in Berlin waren fast 13, im Königreich

Sachsen 22 und in einigen Orten des Herzogtums Gotha bis zu 86 Prozent aller Schulkinder gewerblich tätig!

Die Gesamtzahl der statistisch erfaßten Kinder verteilt sich folgendermaßen:

In der Industrie arbeiteten . . .	306 823 Kinder
Im Handel . . . . .	17 623 =
Im Verkehrsgewerbe . . . . .	2 691 =
In Gast- und Schankwirtschaften . . . . .	21 620 =
Austragedienste leisteten . . . . .	135 830 =
Gewöhnliche Laufdienste . . . . .	35 909 =
Sonstige gewerbliche Tätigkeit . . . . .	11 787 =

Summa 532 283 Kinder.

Was für eine Fülle von Kinderelend umfassen diese nüchternen Zahlen! Zunächst kommen die gesundheitlichen Gefahren in Betracht, denen die arbeitenden Kinder ausgesetzt sind. Schon ein Blick auf die Liste der Beschäftigungsarten lehrt das zur Genüge. Von den 306 823 in der Industrie arbeitenden Kindern waren allein 140 583 (= 45,6 Prozent) in der Textilfabrikation (Spinnerei, Weberei, Strickerei, Wirkerei, Häferei, Stickerie, Posamentenfabrikation) beschäftigt. Man bedenke, daß hier nur hausindustrielle Betriebe in Betracht kommen, wo keinerlei hygienische Vorrichtungen, zum Beispiel zum Auffangen des Staubes, vorhanden sind, und daß hier unter anderem auch besonders gesundheitsgefährliche Arbeiten, wie Wolle zupfen, Lumpen und Berg sortieren, von Kindern verrichtet werden. Außerdem arbeiteten in der

Tabakfabrikation . . . . .	22 668 Kinder
Korb- und Rohrstuhlfllechterei . . . . .	12 244 =
Näherei und Konfektion . . . . .	11 108 =
Verfertigung von künstlichen Blumen und Federschmuck . . . . .	10 882 =

nur zu niedrig gegriffen war wie die für Handel und Gewerbe, dann waren von den 8 Millionen schulpflichtigen Kindern, die das Reich 1898 hatte, mindestens 2 Millionen, also 25 Prozent, erwerbstätig!

<sup>1</sup> Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1900, 3. Heft.

<sup>2</sup> Wenn wir annehmen, daß die 1895 in Landwirtschaft und Gesindebedienst festgestellte Kinderzahl auch nur in annähernd demselben Verhält-

2044 Kinder waren in Steinbrüchen, bei der Verarbeitung von Schiefer, Marmor, Kalksteinen, Gips usw. mancherlei Unfallgefahren, sowie der Einatmung von hartem, scharfkantigem Mineralstaub ausgesetzt, der die Schleimhäute der Atmungsorgane verlegt. In Ziegeleien leisteten 1848 Kinder schwere, die kindliche Kraft übersteigende Arbeiten, wie zum Beispiel das Tragen und Karren von Ziegeln. In der Glasfabrikation waren 2738 Kinder mit Glaschleifen, Blasen usw. beschäftigt, Arbeiten, bei denen entweder viel Staub entwickelt oder — wie beim Blasen — die kindlichen Lungen überanstrengt wurden. In Töpfereien, Bleiessereien, beim Bemalen von sogenannten Zinnspielwaren, in den Werkstätten der Maler und Anstreicher waren zahlreiche Kinder der Bleivergiftungsgefahr ausgesetzt. Infektionsgefahr drohte ihnen in Koffhaarspinnereien, Haar- und Borstenzurichtereien, beim Bistzen- und Pinselmachen. Alle jene Beschäftigungsarten, die schon für Erwachsene gesundheitschädlich sind, müssen es ja in noch weit höherem Maße für Kinder sein, hat doch der kindliche Organismus den Schädigungen weniger Widerstandskraft entgegenzusetzen, und wird außerdem ein Kind die Schutzmaßregeln nicht so beachten, wie ein Erwachsener, weil es die Gefahren nicht kennt, die ihm drohen.

Aus diesen letzten beiden Gründen ist natürlich die Kinderarbeit um so schädlicher, je jünger die Kinder sind, die sie leisten. Leider geben die Erhebungen von 1898 nur sehr mangelhaften Aufschluß über das Alter der beschäftigten Kinder. 22 Bundesstaaten schweigen sich ganz darüber aus. In Preußen ist das Alter von 11891 Kindern ermittelt worden, von denen 1,5 Prozent zwischen 6 und 7 Jahren, 24,3 Prozent zwischen 6 und 10 Jahren standen. Wenn man diesen Prozentsatz auf alle gezählten Kinder anwendet, so ergibt sich, daß von den 269598 in Preußen gewerblich beschäftigten Kindern zirka 4400 6 bis 7 und zirka 64000 6 bis 10 Jahre alt waren. Doch werden diese Zahlen wohl viel zu niedrig gegriffen sein.

„Sachsen erwähnt, daß in manchen Gewerbszweigen, wie Rosamentenindustrie, Stroh- und Rohrflechterei, Herstellung von Strümpfen und Handschuhen, Kinder beschäftigt werden, die noch nicht schulpflichtig sind ... Aus dem Herzogtum Sachsen-Meiningen wird berichtet, daß in der Regel die Heranziehung der Kinder zu leichteren Arbeiten erst mit dem Eintritt des schulpflichtigen Alters, in einzelnen Fällen indessen sogar schon vom vierten Lebensjahr ab beginnt, indem die mißliche Lage und der kärgliche Verdienst in manchen Hausindustrien das Eingreifen aller irgendwie nützlichen Arbeitskräfte notwendig machen.“<sup>1</sup>

Es mögen noch ein paar Daten aus den Erhebungen des Deutschen Lehrervereins angeführt werden, die Agab<sup>2</sup> mitteilt.

Da waren zum Beispiel in Dresden

in Klasse VIII	228	im Durchschnitt	7 jährige	Kinder
"	"	VII 411	"	8
"	"	VI 539	"	9
"	"	V 834	"	10

somit 2012 7 bis 10jährige Kinder gewerblich tätig.

In Schmöln, einem altenburgischen Industrieort, wo vor allem die Knopfindustrie herrscht, waren von 1674 gezählten Kindern 686 = 40 Prozent erwerbstätig, davon 35 im 7., 81 im 8., 109 im 9. Lebensjahr.

Also zahllose Kinder zwischen 4 und 10 Jahren schon — vorzugsweise in der Hausindustrie — erwerbstätig! Man kann sich leicht vorstellen, was das für einen unheilvollen Einfluß auf Wachstum und harmonische körperliche Entwicklung dieser armen Kleinen haben muß.

Für die Beurteilung der gesundheitlichen Gefahren kommt weiter in Betracht, zu welcher Tageszeit und wie lange

<sup>1</sup> Siehe Vierteljahrshefte usw.

<sup>2</sup> Agab, Kinderarbeit und Gesetz gegen die Ausnutzung kindlicher Arbeitskraft in Deutschland, S. 54 ff.

täglich die Kinder beschäftigt werden. Die Berichte teilen uns da unter anderem mit, daß unter den 269 598 in Preußen gewerblich tätigen Kindern 63 554 — also fast der vierte Teil — die ganze Woche hindurch und zum Teil auch noch Sonntags länger als drei Stunden täglich arbeiteten. — 42 837 als Backwarenausträger beschäftigte Kinder wurden früh um 4 oder 5 Uhr aus den Betten gerissen und mußten dann bei jedem Wetter, im Winter noch bei dunkler Nacht, auf die Straße hinaus. Auch die Tätigkeit der 45 603 Zeitungsträger vollzog sich meist in den frühen Morgenstunden, vor dem Schulunterricht.

Von den 21 620 in Gastwirtschaften arbeitenden Kindern sind die meisten bis spät in die Nacht hinein tätig. Das gilt besonders von den 12 748 mit Kegelaufsetzen Beschäftigten, von denen viele bis 2, ja 3 Uhr nachts arbeiten.

Der Fabrikarbeiter Bromme schildert uns aus eigener trüber Erfahrung die Leiden eines solchen Regeljungen.<sup>1</sup>

„Wer noch niemals etwas Ähnliches mitgemacht hat, weiß nicht, was das heißt, von 8 Uhr abends bis 4 Uhr früh Regel aufzustellen. Born jubeln die Spieler, wenn sie eine „Neune“ geschossen haben, und hinten gab uns jede „Neune“ oder „Achte“ einen Stich ins Herz. Felix war immer noch geduldig und setzte unermüdlich auf, trotzdem er am Tage schon seine drei bis fünf Stunden in der Fabrik gearbeitet hatte. Ich aber war so schläfrig, daß ich eine wahre Wut auf die Regel bekam. Nie in meinem Leben bin ich ein Regelschieber geworden und werde auch keiner werden. Es kam so weit, daß ich meinem Bruder den Vorschlag machte, uns gegenseitig abzulösen. Wir machten da gewöhnlich 150 Kugeln aus. Während dieser Zeit legte sich der andere hinter die Matte, die als Kugelfang diente und suchte zu schlafen. Schlafen bei diesem ewigen Geräusch der ein-

<sup>1</sup> Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters. Herausgegeben von Paul Göhre. Verlag bei Eugen Dieberichs, Jena und Leipzig 1905, S. 77.

stürzenden Regel und dem Aufschlagen der Kugeln! . . . Ich habe manches Mal hinter der Matte gelegen und geweint. Mein Bruder biß dann vor Wut die Zähne zusammen, wenn gegen 3 Uhr morgens die Burschen noch ein neues Spiel begannen. Oftmals hatten wir uns auf dem Heimweg verschworen, nie wieder hinauszugehen. Wenn aber der Abend kam, pilgerten wir immer wieder hinaus. Wir taten es der Mutter zuliebe. Aber von 8 Uhr abends bis 4 Uhr morgens 30 Pfennig für uns zwei Mann! War das nicht mehr wie Ausbeutung?“

Auch in der Spielwarenindustrie dauert im Winter, besonders vor Weihnachten, die Arbeitszeit der Kinder bis tief in die Nacht hinein. So teilt der amtliche Bericht aus dem Kreis Sonneberg (Sachsen-Meiningen) mit, daß Kinder

in 4 Schulgemeinden bis	9 Uhr abends
= 8	= 10
= 18	= 11
= 8	= 12
= 3	= 2
= 2	= 3
= 1	= 4
= 3	=
	die ganze Nacht gegen Weihnachten

zur Arbeit herangezogen wurden.

Ähnliches berichtet der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes für die Spielwarenindustrie des sächsischen Erzgebirges.<sup>1</sup> „Die Arbeitszeit ist für fast alle Familienglieder eine äußerst lange, sie beginnt im Winter um 6 oder 7 Uhr und endet um 11 oder 12 Uhr. Im Sommer dagegen ist der Beginn um 4 oder 5 Uhr und der Arbeitsluß um 8 oder 9 Uhr. Zur Lieferungszeit, besonders in den Wochen vor Weihnachten, wird fast regelmäßig die Nacht hindurch gearbeitet. Die schulpflichtigen Kinder werden schon einige Stunden vor der Schulzeit und den ganzen Nachmittag bis

<sup>1</sup> Bilder aus der Heimarbeit in der Holzindustrie, 1906, S. 19.

abends um 10 und 11 Uhr zur Arbeitsleistung mit herangezogen. Größere Kinder haben zur Lieferzeit ebenfalls die Nacht mit auszuhalten."

In Anhalt „dauert die Kinderarbeit in der Rohrdeckenfabrication und Rohrflechtere — unter großer Anstrengung — meistens bis 10 Uhr abends; das Tragen von Ziegelsteinen besorgen Kinder in der Zeit von 1 bis 6 Uhr nachmittags und werden dabei sehr abgespannt“.

Agahb<sup>1</sup> berichtet unter anderem aus Gera von einem 8 $\frac{1}{4}$  Jahre alten Aufwartemädchen, das von 6 bis 8 Uhr früh, 12 bis 2 Uhr mittags und 4 bis 8 Uhr abends beschäftigt war! Aus Braunschweig teilt er mit: „Ein Knabe, 8 Jahre alt, muß in der Woche 30 Stunden lang Jutesäcke nähen, ein Mädchen, 13 Jahre alt, täglich 11 bis 13 Stunden. Zwei Kinder, 9 Jahre alt, handeln oft bis 2 Uhr nachts mit Blumen. Ein Knabe, der in einer Wirtschaft tätig ist, führt einen Haus Schlüssel, weil er stets spät in der Nacht erst nach Hause kommt. Ein Kind bekommt infolge seiner Beschäftigung fünf Tage in der Woche nichts Warmes zu essen. Ein neunjähriges Mädchen flücht bis 2 Uhr nachts Stühle.“

Man kann schon sagen, daß von der halben Million gewerblich tätiger Kinder wenigstens die Hälfte mit Arbeit überlastet ist, daß hunderttausend Kindern der Schlaf geraubt wird, den gerade der in der Entwicklung befindliche Körper und Geist so überaus notwendig braucht.

Und in was für Räumen vollzieht sich oft die Arbeit dieser Kinder! Der amtliche Bericht führt zum Beispiel an, daß die 145 in Anhalt in der Tabakhausindustrie tätigen Kinder meistens in Räumen arbeiten, die zugleich zu Wohn- und Schlafräumen dienen und wo die mit Tabakstaub angefüllte Luft, besonders im Winter, nur mangelhaft erneuert wird. Aus Sachsen-Meiningen wird berichtet, daß die an

sich meist kleinen Arbeitsräume, in welchen zugleich Speisen zubereitet und Farbenlaße oder Leim während der Arbeitszeit warm gehalten werden, in gesundheitlicher Beziehung für Erwachsene wie für Kinder viel zu wünschen übrig lassen. Namentlich gelte das von den Räumen, wo Holzspielwaren gemacht werden; diese Räume würden auch im Sommer geheizt, damit die Ware bis zur Lieferzeit trocknet.

Sehr treffend sind die gesundheitlichen Gefahren der Kinderarbeit von der Medizinalbehörde in Hamburg (Pädagogische Reform, 1897, Nr. 45) zusammengefaßt worden. Sie führt aus:

1. daß die Arbeit oft in ungesunder Luft geleistet werden muß;
2. daß sie oft eine sehr gehetzte ist (vieles rasches Treppelaufen beim Austragen von Zeitungen, Brot usw.);
3. daß sie oft mit nüchternem Magen (Zeitungen austragen morgens früh) oder während der für den Schlaf der Kinder erforderlichen Zeit getan werden muß;
4. daß sie oft vor die Schulzeit fällt, so daß die Kinder ermüdet in den Unterricht kommen;
5. daß sie an Stelle der harmonischen Übung des ganzen Leibes oft vorwiegend einzelne Teile des noch wachsenden Körpers in Anspruch nimmt und dadurch zu fehlerhafter Entwicklung des Körpers Anlaß gibt;
6. daß bei manchen gewerblichen Nebenbeschäftigungen der Kinder diese Tag für Tag erbarmungslos dem Wetter ausgesetzt werden, ohne nachher im Hause warme Zimmer oder trockene Kleider zum Wechseln zu finden, wodurch, wenn auch Kinder gegenüber den Unbilden der Witterung sehr widerstandsfähig zu sein pflegen, doch oft Rheumatismus, Herzerkrankungen und Lungenaffektionen erworben werden;
7. daß einzelne gewerbliche Nebenbeschäftigungen zu einer höchst irrationalen Ernährung führen, insbesondere

<sup>1</sup> H. a. D. S. 64 und 66.

zum Genuß von Bier und Schnaps (beim Kegelaufsetzen), durch die die körperliche Gesundheit von Grund aus untergraben wird;

8. daß großstädtische Kinder fast bei jeder Art von gewerblicher Nebenbeschäftigung auch moralische Schäden erleiden, die zusammen mit den physischen dazu führen, daß ein degeneriertes Geschlecht aufwächst, das nichts leistet.

Moralische Gefahren erwachsen aus der Kinderarbeit besonders dort, wo die Kinder bei Fremden und außerhalb des Hauses tätig sind. Zu früh erlangen sie eine gewisse Selbstständigkeit und sind der elterlichen Aufsicht und Autorität entrückt. Wenn sie mit den paar Pfennigen, die sie verdienen, zum Unterhalt der Familie beitragen müssen, so mag das gewiß bessere Naturen unter ihnen mit Freude und gerechtem Stolz erfüllen. Andere jedoch spielen sich ihren Eltern gegenüber auf, sie leiten aus dem Gelde, das sie zahlen, das Recht ab, nach eigenem Belieben zu leben; was sich kraß, aber deutlich in der Drohung eines kaum schulentwachsenen Jungen ausspricht: „Wenn ich eben den Haus Schlüssel nicht kriege, dann ziehe ich aus. Für mein Kostgeld kann ich auch wo anders wohnen.“ In den Fällen, wo der Verdienst kein bestimmter ist, versuchen die Kinder nicht selten, die Eltern über den Betrag zu täuschen, um einen Teil für sich zu verwenden. Es ist noch nicht das schlimmste, wenn das Geld dann in Mäschereien angelegt wird. Weit bedenklicher ist die Tatsache, daß Zigaretten, Indianerschmoker und Räubergeschichten zu ihren hauptsächlichsten Konsumenten verdienende Schulkinder zählen. Auch dem Alkoholgenuß wird häufig frühzeitig gekostet. Ich habe selbst in einem Dresdener Automatenrestaurant zwei zirka zwölfjährige Jungen beobachtet, wie sie der Reihe nach die vorhandenen Schnäpfe und Liköre probierten. Die Automaten bilden überhaupt in allen ihren Formen eine gefährliche Versuchung für die Jugend. Es sei noch an die Bioskopautomaten mit ihren an die niedrigsten Instinkte

appellierenden Aufschriften erinnert: „Die gestörte Hochzeitnacht“, „Überraschung im Bade“ usw. Man beobachtet doch einmal, wer vor allem diese kulturwidrigen Apparate mit feinen Nickelstücken speist: Jungen zwischen 12 und 16 Jahren sind es zumeist. Noch in anderer Gestalt tritt die Versuchung an die erwerbstätigen Kinder heran. Regelfungen, Flaschenpüler und Kellner erhalten oft einen Teil ihres Lohnes in Gestalt von Bier oder Schnaps und laufen so Gefahr, Trinker zu werden. Bei Laufburschen und Kellnern liegt die Versuchung zu Unterschlagung und Betrug nahe. Hören wir, was der Gefängnislehrer Erfurt in Blößensee — gewiß ein Sachverständiger auf diesem Gebiet — auf der Lehrerversammlung in Breslau 1898 von den jugendlichen Gefangenen seiner Anstalt mitgeteilt hat: „Weit aus die größte Mehrzahl von Regelfungen sind da wegen Betrugs; die werfen die Regel um für einen, von dem sie wissen, daß er anständig bezahlt; da lernen die Jungen den Betrug... Die Jungen sind an Genußsucht gewöhnt, sie trinken gern ein Glas Bier, sie werden betrunken und begehen in der Trunkenheit Körperverletzungen. Gerade die Trunksucht hat die Jungen auf diesen Weg gebracht, daß sie nach Blößensee kommen — und wenn ich noch eins verraten soll: die Mörder, die wir da haben, die sind, wie ich mich genau informiert habe, alle Jungen gewesen, die in Destillen gegessen haben und Regel aufgesetzt. Es sind noch andere: die Semmelträger. Viele Jungen, die des Diebstahls wegen da sind, sind früher Semmelträger gewesen. Mit kleinen Diebstählen fangen sie an, eine Stufe reißt sich an die andere, und endlich kommen die Jungen zu uns.“ Auch auf geschlechtlichem Gebiet drohen den arbeitenden Kindern Gefahren. Wo sie mit halbwegsigen oder erwachsenen Personen beiderlei Geschlechtes zusammenarbeiten, wie zum Beispiel in vielen Werkstätten der Textilindustrie, da hören und sehen die Kinder manches, was ihnen unter allen Umständen verborgen bleiben sollte. Es

ist ja leider Tatsache, daß oft erwachsene Arbeiter und Meister ihren jugendlichen Mitarbeitern auf keine andere Weise zu imponieren wissen, als indem sie ihnen Boten und sexuelle Schweinereien erzählen. Und die Kinder, die ihre Arbeit in späten Abend- und frühen Morgenstunden auf die Straße hinausführt, werden manchmal Zeugen von Vorgängen, die aller Sittlichkeit Hohn sprechen. Schaustellungen und Ballett sind oft Schulen der Kinderprostitution. Mit einem Worte: Zuchtlosigkeit und hohe Kriminalität sind häufig Folgen der Kinderarbeit. In der Kriminalstatistik für das Jahr 1891 heißt es, daß „in Gebieten mit hoher industrieller Entwicklung und ausgedehnter Verwendung jugendlicher Arbeitskräfte auch die Kriminalität der Jugendlichen im Verhältnis zu der der Erwachsenen hoch ist“. Und die viel zitierte Tatsache, daß unter 100 jugendlichen Gefangenen in Böhmen 70 schon als Schulkinder erwerbstätig waren, spricht ja auch deutlich genug. Diese Unglücklichen können der herrschenden Gesellschaft das anklagende Wort des Dichters entgegenrufen:

Ihr führt ins Leben uns hinein,  
Ihr laßt den Armen schuldig werden,  
Dann überlaßt ihr ihn der Pein —  
Denn alle Schuld rächt sich auf Erden!

Daß bei ausgedehnter Erwerbsarbeit der Kinder die Schule mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, ist selbstverständlich. Allgemeine Schulpflicht und Kinderarbeit sind unvereinbare Gegensätze. Der Schulbesuch ist unregelmäßig. Bei drängender Arbeit werden die Kinder einfach zu Hause behalten und ihr Fehlen mit „Krankheit“ entschuldigt. Verspätungen kommen häufig vor. Infolge der beschränkten Nachtruhe und der durch die Arbeit hervorgerufenen Abspannung sind die Schüler nicht imstande, dem Unterricht mit der nötigen Aufmerksamkeit zu folgen. Für die Aufbereitung der häuslichen Arbeiten bleibt keine Zeit, sie werden

gar nicht oder höchst ungenügend gemacht. Da ist es denn begreiflich, daß die Kinder zurückbleiben, daß sie am Ende des Schuljahres nicht mit versetzt werden können, und daß sie oft die Schule verlassen, weit entfernt davon, auch nur das bescheidene Mindestmaß von Kenntnissen zu besitzen, das die heutige Volksschule ihren Schülern vermittelt. Für Nixdorf hatte Agahd seinerzeit festgestellt, daß von den nicht erwerbstätigen Schülern durchschnittlich 25 Prozent das Klassenziel nicht erreichten, während von den erwerbstätigen in Klasse II 70 Prozent, in Klasse III und IV 50 Prozent und in Klasse V und VI 37 Prozent sitzen geblieben waren. In Berlin haben 1902 nur 10 Prozent aller Kinder das Ziel der Volksschule erreichen können:

Aus der	II. Klasse gingen ab . . .	42 Prozent
= "	III. " " " " " "	25 "
= "	IV. " " " " " "	15 "
= "	V. bis VII. " " " " " "	8 "

(darunter aus Klasse VI 353 und aus Klasse VII 23 Kinder!)

Noch unheilvoller aber als die ungenügende Schulbildung der erwerbstätigen Kinder ist die ihnen vielfach drohende geistige Verblöbung. Sie kennen kein freies Spiel; stundenlang hocken sie über den allerstumpfsinnigsten Beschäftigungen, Knöpfe oder Haken aufnähen, Fransen knüpfen, Perlen aufziehen, Nadeln einfädeln, Blumentheile austanzen und aufreihen und dergleichen mehr. Die bis ins kleinste durchgeführte Teilarbeit läßt keine Freude am Gelingen aufkommen. Immer derselbe Handgriff, keine Abwechslung, keine Freudeigkeit: das muß ja abstumpfend, geisttötend wirken!

Man muß sich in der Tat wundern, daß gegenüber all dem Elend nicht nur Regierungsvertreter und Konservative, sondern sogar ein freisinniger Abgeordneter und Schulmann, der Dr. Zwick, es wagten, vom erziehlischen Wert der Kinderarbeit zu sprechen. Mit Recht hielt ihnen der sozial-



demokratische Abgeordnete Wurm entgegen: Wenn die Kinderarbeit gesund sei und erzieherisch wirke, dann sei es doch wunderbar, daß gerade diejenigen Kreise, die durch ihre Vermögenslage instande sind, ihren Kindern alles zu gewähren, was sie gesund und kräftig erhält, sich hüten, ihre Kinder in die Fabriken und Werkstätten zu schicken (Reichstagsverhandlung vom 23. April 1902).

Es bleibt noch übrig, die Frage nach dem wirtschaftlichen Werte der Kinderarbeit zu beantworten. Ist es nicht Tatsache, daß zahlreiche Familien wirtschaftlich auf die Mitarbeit ihrer Kinder angewiesen sind? Sehen wir uns einmal die Löhne der arbeitenden Kinder an. Die Enquete von 1898 gibt uns da leider nur geringen Aufschluß. Aus Koburg-Gotha wird uns mitgeteilt, daß zum Beispiel in der Knopfindustrie in drei Orten „Tagesverdienste“ von 4 und 5, in zwei Orten von 25 und 30, in den meisten Orten von 10, 12 und 15 Pf. erzielt werden. In der Puppenindustrie werden 10 bis 30 Pf. täglich gezahlt. Für Korbflechtereien und Metallverarbeitungen werden Beträge von 15 bis 30 Pf. als Regel bezeichnet. In der Seilwarenfabrikation in Mehrstedt (Schwarzburg-Rudolstadt) betragen die Kindertagelöhne 20 bis 30 Pf. im Winter, 20 bis 50 Pf. im Sommer, in Schlotheim werden für dieselbe Arbeit nur 12 bis 18 Pf. täglich angegeben. In Greiz (Neuß a. L.) werden in der Zigarrenfabrikation bei über sechzigstündiger (!) Arbeitszeit Wochenlöhne von 1,20 bis 1,50 Mk. angegeben, die sich auch in den Ferien nicht erhöhen. Leider lassen sich, von den letzten Angaben abgesehen, die Stundenverdienste nicht genau berechnen. An der Hand der zahlreichen Veröffentlichungen über die Hausindustrie in Deutschland kann man aber ohne weiteres behaupten, daß sie sich in der Regel zwischen 2 und 5 Pf. bewegen, sehr selten bis zu 7 oder 8 Pf. hinaufgehen. Um solche Hammerpfennige wird Gesundheit und Jugendfreude verschachert, werden zahllose Menschenleben körperlich und geistig gefährdet, wenn nicht

gar zugrunde gerichtet. Es ist eine furchtbare Anklage gegen unsere gesellschaftlichen Zustände, daß es überhaupt Familien gibt, für die selbst solche Verdienste noch ins Gewicht fallen.

Darf man aber diesen Armsten die ihnen so unentbehrlichen paar Pfennige durch ein Verbot der Kinderarbeit rauben? Dieser Einwand kann uns nicht heirren. Wir wissen: „Der Wert der Arbeitskraft wird bestimmt nicht nur durch die zur Erhaltung des individuellen erwachsenen Arbeiters, sondern durch die zur Erhaltung der Arbeiterfamilie nötige Arbeitszeit. Indem die Maschinerie alle Glieder der Arbeiterfamilie auf den Arbeitsmarkt wirft, verteilt sie den Wert der Arbeitskraft des Mannes über seine ganze Familie. Sie entwertet daher seine Arbeitskraft.“<sup>1</sup> Mit anderen Worten: Der Unternehmer zahlt dem Arbeiter im Lohne nur gerade so viel, daß er mit seiner Familie notdürftig seine Existenz fristen kann. Bei der Festsetzung der Heimarbeiterlöhne wird von vornherein damit gerechnet, daß die Kinder mitarbeiten: die Löhne der Erwachsenen werden deshalb niedriger angesetzt. Wenn die Kinderarbeit aber verboten ist, dann hat das zur Folge, daß die Löhne der Erwachsenen steigen, daß nach einiger Zeit die Familie ohne Mithilfe der Kinder denselben Verdienst erzielt, wie vordem mit dieser. Denn tiefer als auf das Existenzminimum kann der Lohn auf die Dauer nicht sinken. Und in der Heimarbeit ist er längst bei diesem Minimum angelangt. Die aufgeklärte Arbeiterschaft widersetzt sich daher einem Verbot der Kinderarbeit nicht nur nicht, sondern sie strebt es mit allen Mitteln an. Sie hat verstanden, daß „zum Schutze gegen die Schlange ihrer Dualen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenröten müssen und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit

<sup>1</sup> Marx, Kapital I, 4. Aufl., S. 359.

dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen“.<sup>1</sup>

Die Volkswirtschaft endlich kann die von Kinderhänden geschaffenen Werte gut entbehren. Man hat hier mit Recht von „fressenden Kapitalien“ gesprochen. Und wenn es Millionenwerte wären, so sagen wir doch in Anlehnung an den Luckenwalder Magistrat (S. 10): sie werden nicht ausreichen, die Mehrausgaben für Siechen-, Arbeits- und Zuchthäuser zu decken, die die Kinderarbeit der Gesellschaft verursacht.

<sup>1</sup> Marx, Kapital I, 4. Aufl., S. 266.

#### IV.

### Das Kinderschutzgesetz vom 30. März 1903.

Den furchtbaren Ergebnissen der Enquete von 1898 konnte sich die Regierung nicht entziehen. Es wurde — ohne sonderliche Eile übrigens — ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der im Frühjahr 1902 dem Reichstag zuing. Dort wurde er, in vielen Punkten verschärft, angenommen und trat am 1. Januar 1904 in Kraft. — Wir wollen die eingehende Besprechung<sup>1</sup> dieses Gesetzes der Übersichtlichkeit wegen unter einer Reihe von Stichworten zusammenfassen.

#### 1. Geltungsbereich des Gesetzes.

§§ 1 bis 3.

##### a. Für welche Betriebe?

Das Gesetz findet Anwendung auf alle gewerblichen Betriebe im Sinne der Gewerbeordnung, also nicht auf Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Viehzucht, auf Gesindedienste und anderen persönlichen Dienstleistungen, auf künstlerische und wissenschaftliche Tätigkeit, auf Erziehungsanstalten. Wenn also zum Beispiel Kinder in Künstlerateliers zum Modellstehen oder irgendwelchen Handlangerdiensten benutzt werden, wenn sie bei Rechtsanwälten Schreiberdienste leisten, wenn sie im Gemeinde- oder Kirchendienst zu Botengängen, zum Glockenläuten oder als Chor- und Messknaben Verwendung finden, wenn sie in Erziehungsanstalten<sup>2</sup> zu Arbeiten herangezogen werden, so fällt diese Tätigkeit nicht unter das Gesetz.

<sup>1</sup> Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die Gesetzkommentare von Rohmer, Neukamp, v. Schulz, Hofmann, Rohrscheid. Die angeführten Paragraphen verweisen auf die Paragraphen des im Anhang abgedruckten Kinderschutzgesetzes.

<sup>2</sup> Soweit in Erziehungsanstalten gewerbliche Arbeit zur Erzielung eines wirtschaftlichen Gewinns betrieben wird (Federn schleifen, Dunder, Kinderarbeits.

Die Arbeit in Gärtnereien ist strittig. „Betriebe, die sich in der Hauptsache auf die Produktion und den Verkauf selbstgezogener Blumen, Sträucher und sonstiger gärtnerischer Erzeugnisse beschränken, werden als landwirtschaftliche anzusehen sein. Sind aber die feilgebotenen gärtnerischen Erzeugnisse nicht selbst gewonnen, oder findet der Verkauf in einem offenen Laden statt, oder werden die Produkte für den Verkauf bearbeitet (Kranz- und Blumenbindereien), so liegt ein Gewerbebetrieb vor.“ (Erlaß des preussischen Handelsministers vom 20. Januar 1902.) Dem widerspricht in gewissem Maße ein Urteil des Kammergerichtes vom 30. Mai 1901, wonach Kunst-, Bier- und Handelsgärtnerei überhaupt als Gewerbebetrieb anzusehen sei. Für uns wird es sich empfehlen, die letzte Auslegung als die weitergehende zum Ausgangspunkt zu nehmen und einmal ein paar Fälle durch alle Instanzen durchzusetzen, damit Klarheit geschaffen wird. Die Arbeit in Gärtnereien (Pflücken von Beeren, Abnehmen von Baumfrüchten zum Beispiel) ist durchaus nicht so leicht und ungefährlich, daß man nicht den Versuch machen sollte, dem Gesetz auch hier Geltung zu verschaffen.

Landwirtschaftliche Nebenbetriebe, welche ausschließlich selbstgewonnene Rohstoffe verarbeiten, fallen nicht unter die Gewerbeordnung, selbst wenn die Verarbeitung fabrikmäßig erfolgt. Wenn also ein Landwirt aus seinen Parzellen Branntwein brennt, sein Getreide in eigener Mühle, seine Rüben in eigener Zuckersiederei verarbeitet, so steht der Kinderausbeutung dabei nichts im Wege. Molkereigenossenschaften dagegen gelten als Gewerbebetriebe.

Was nun die eigentlichen gewerblichen Betriebe angeht, so kommt das Kinderschutzgesetz dort nicht in Frage, wo schon reichsgesetzliche Beschränkungen der Kinderarbeit bestehen, also nicht für Fabriken, Bergwerke, Salinen, Auf-

Stroh flechten usw.), müssen die Kinder meines Erachtens nach dem Gesetz geschützt werden. (So auch Ugalb, Gewerbliche Kinderarbeit in Erziehungsanstalten.)

bereitungsanstalten und unterirdisch betriebene Brüche und Gruben, auf Hüttenwerke, Zimmerplätze und andere Bauhöfe, Werften, sowie solche Ziegeleien, über Tage betriebene Brüche und Gruben, welche nicht bloß vorübergehend oder in geringem Umfange betrieben werden, auf Motormwerkstätten, sowie die Werkstätten der Kleider- und Wäskonfektion. In diesen Betrieben ist die Kinderarbeit schon durch die §§ 135 und 154 der Gewerbeordnung, sowie durch spätere Verordnungen verboten. Das Kinderschutzgesetz ändert diese Bestimmungen nicht ab, sondern tritt nur ergänzend hinzu, wo seine Bestimmungen weitergehend sind, wo sie zum Beispiel auch die Arbeit „eigener“ Kinder regeln, die an den bisherigen reichsgesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen keinen Anteil hatten.

b. Für was für Arbeiten innerhalb dieser Betriebe?

Das Kinderschutzgesetz findet Anwendung auf jede Beschäftigung in einem dem Gesetz unterstehenden Gewerbe, gleichviel ob es sich um eigentlich gewerbliche oder andere Arbeiten (zum Beispiel Reinigungs- oder Botendienste), um Beschäftigung auf Grund eines Arbeitsvertrags oder auf Grund eines Familienverhältnisses handelt, ob die Arbeit gegen Entgelt oder unentgeltlich, dauernd oder gelegentlich, als Haupt- oder Nebenbeschäftigung auftritt. Wenn zum Beispiel ein Bäcker das Mädchen, das er zum Beaufsichtigen seiner Kinder oder für sonstige häusliche Dienste angenommen hat, auch nur hier und da zum Austragen von Backwaren verwendet, wenn ein Aufwartemädchen gelegentlich zu einer hausindustriellen Arbeit mit herangezogen wird, so fällt auch diese Nebenbeschäftigung unter das Gesetz.

c. Für welche Personen?

Dem Kinderschutzgesetz unterstehen alle Knaben und Mädchen unter 18 Jahren, sowie solche Knaben und Mädchen über 18 Jahren, die noch volksschulpflichtig sind. Es wurde abgelehnt, das Schulkalter, wie es der sozial-

demokratische Antrag verlangte, auf 14 Jahre festzusetzen, weil die Schulpflicht in Bayern mit dem 13., in Preußen und Württemberg häufig vor Vollendung des 14. Lebensjahres erlischt. Dauert aber die Schulpflicht — wie in den meisten deutschen Staaten — bis zum vollendeten 14. Jahre, oder gar, wie in Schleswig-Holstein, für die Mädchen bis zum 15., für die Knaben bis zum 16. Jahre, dann hat auch das Kinderschutzgesetz bis zu diesem Alter Geltung. Der gesetzliche Schutz erstreckt sich auch auf Ausländer (zum Beispiel Slowakenjungen), deren Schutzalter in Bayern und Hessen nach den landesrechtlichen Bestimmungen, in den übrigen Staaten nach dem in ihrer Heimat gültigen Gesetz über den Schulzwang festgesetzt wird.

Das Gesetz unterscheidet eigene und fremde Kinder (§ 3), wobei es den Begriff der eigenen sehr weit faßt. Es versteht darunter nicht nur leibliche Kinder, sondern auch Enkel und Urenkel, Geschwister und Geschwisterkinder, ferner Kinder, Enkel und Urenkel des Ehegatten (also Stiefkinder usw.), sowie dessen Geschwister und Geschwisterkinder. Uneheliche Kinder haben nur der Mutter und ihren Verwandten gegenüber die Stellung „eigener Kinder“, dem außerehelichen Vater und seiner Verwandtschaft gegenüber gelten sie als „fremde“. Ferner werden Adoptivkinder und Mündel, sowie Zwangs- oder Fürsorgezöglinge zu den „eigenen“ Kindern gerechnet. Unter „Zwangs- oder Fürsorgeerziehung“ ist jede behördlich angeordnete Erziehung zu verstehen, durch die ein Kind zur Verhütung der Verwahrlosung in einem fremden Hausstand untergebracht wird. Waisen- und Ziehkinder dagegen, die in Familien in Pflege gegeben sind, sind ihren Pflegeeltern gegenüber „fremde“ Kinder. Die Zwangs- und Fürsorgezöglinge gelten übrigens nur dann als „eigene“ Kinder des Arbeitgebers, wenn dieser sie zugleich mit anderen „eigenen“ Kindern — im Sinne des Gesetzes — beschäftigt. In einer kinderlosen Familie fallen die Fürsorgekinder unter die Bestimmungen

für fremde Kinder. Man ist bei dieser Bestimmung wohl von dem Gedanken ausgegangen, daß im ersten Falle kein Unterschied zwischen den Pflegebefohlenen und den eigenen Kindern sein soll, und daß durch die Mitbeschäftigung eigener Kinder der allzu großen Ausbeutung der Fürsorgekinder eine Schranke gezogen sei.

Kinder, die in der Wohnung oder Werkstätte der Personen, die im Sinne des Gesetzes als ihre „Eltern“ gelten, für dritte Personen tätig sind, unterliegen auch den Bestimmungen über „eigene“ Kinder. Ein Mädchen, das zu Hause zum Beispiel für einen Unternehmer Blumen macht, während der Vater etwa Fabrikarbeiter und die Mutter Zigarettenarbeiterin ist, gilt doch als „eigenes“ Kind. Diese Ausnahmebestimmung ist getroffen worden wegen der Schwierigkeit der Kontrolle.

## 2. Verbotene Beschäftigungsarten.

§§ 4, 12, 14 und 18, sowie 6 und 15.

Gänzlich verboten ist die Beschäftigung von Kindern — und zwar der eigenen wie der fremden — auf Bauten aller Art, im Betriebe der Ziegeleien, Brüche und Gruben, die nicht schon von § 135 der Gewerbeordnung getroffen werden, in einer Reihe von gesundheitsgefährlichen Werkstätten<sup>1</sup> (siehe zweiter Anhang), sowie beim Steineflopfen, im Schornsteinfegergewerbe, in dem mit dem Expeditionsgeschäft verbundenen Fuhrwerksbetriebe, beim Mischen und Mahlen von Farben, bei Arbeiten in Kellereien.

Für eigene Kinder verboten ist ferner noch die Beschäftigung in Werkstätten, in welchen durch elementare Kraft bewegte Erriebwerke nicht bloß vorübergehend zur Verwendung kommen (§ 12). Diese Beschäftigung war durch reichsgesetzliche Bestimmungen bisher nur für fremde Kinder untersagt, das Kinderschutzgesetz dehnt das Verbot

<sup>1</sup> Unter denen leider die Tabakverarbeitung fehlt!

auch auf die eigenen aus. Freilich räumt § 14 des Gesetzes dem Bundesrat das Recht ein, für einzelne Arten der Werkstätten mit Motorbetrieb die Beschäftigung eigener Kinder unter der Bedingung zu gestatten, daß die Kinder nicht an den durch die Triebkraft bewegten Maschinen beschäftigt werden.

Das Gesetz verbietet ausdrücklich jede Beschäftigung im Betriebe der Ziegeleien und der verbotenen Werkstätten. Damit ist ausgedrückt, daß jede zu dem Betrieb gehörige Arbeit, ohne Rücksicht darauf, ob sie sich im Gebäude oder im Freien vollzieht, ob sie sich für Kinder gefährlich oder ungefährlich, geeignet oder ungeeignet erweist (mit Ausnahme der Botengänge), verboten ist. Es sind also auch Reinigungs- oder Verpackungsarbeiten in solchen Betrieben untersagt, selbst wenn sie nicht in dem Raume geschehen, wo die eigentliche gesundheitschädliche Arbeit stattfindet. Sonst wäre ja eine Kontrolle unmöglich und den Übertretungen Tür und Tor geöffnet.

Als „Werkstätte“ sieht das Gesetz jeden Raum an, in dem gewerbliche Arbeit verrichtet wird, auch wenn er nebenher zum Schlafen, Wohnen oder Kochen dient — wie die Mehrzahl der hausindustriellen Arbeitsräume. Ebenso gelten im Freien gelegene gewerbliche Arbeitsstellen (zum Beispiel die des Steinmeßers) als Werkstätten (§ 18).

Die Kinderarbeit ist nicht etwa im Fuhrwerksbetriebe schlechtin verboten, sondern nur soweit dieser mit dem Expeditionsgeschäft verbunden ist. Hier ist an den sogenannten „Rollmops“ zu erinnern, der den Wagen der Expediteure bewachte und häufig mit Schnaps traktiert wurde. Zu den untersagten Hilfsleistungen im Betrieb der Expeditionsfuhrwerke gehört auch das Reinigen des Stalls, Futterschneiden usw.

Von dem Verbot der Arbeiten in Kellereien soll vor allem die anhaltende Beschäftigung beim Abziehen von Bier, Wein usw. in Gastwirtschaften, Brauereien und dergleichen,

sowie das unterirdische Flaschenspülen getroffen werden. Wenn das Flaschenspülen zum Beispiel im Hofe geschieht, dann fällt es nicht unter das Verbot. Mit der Wahl des Wortes „Kellerei“ statt „Keller“ soll ausgedrückt werden, daß das Verbot sich nur auf größere unterirdische Lager Räume erstreckt, daß man aber zum Beispiel „einem kleinen Materialwarenhändler nicht verbieten will, seine eigenen Kinder zu kleinen Diensten im Keller heranzuziehen“.

Zu den für alle Kinder verbotenen Beschäftigungsarten gehört auch die Beschäftigung bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und anderen öffentlichen Schaustellungen (§§ 6 und 15). Hier soll vor allem die Verwendung schulpflichtiger Kinder in Ringeltangeln, Variété- und Spezialitätentheatern, bei Artistenvorstellungen und Zirkusaufführungen, bei Schaustellungen auf Messen und Märkten getroffen werden. „Bei solchen Vorstellungen und Schaustellungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst und Wissenschaft obwaltet, kann die untere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde Ausnahmen zulassen.“ Wenn zum Beispiel bei der Aufführung von Wilhelm Tell die Rollen von Tells Knaben zu besetzen sind, dann würde die Verwendung von Kindern unter 13 Jahren zu gestatten sein.

Nur öffentliche und gewerbliche Vorstellungen fallen unter diese Bestimmung. Nichtöffentliche (nur den Mitgliedern zugängliche) Vereinsaufführungen und Wohltätigkeitsvorstellungen werden nicht davon getroffen.

### 3. Schulalter der Kinder in den erlaubten Beschäftigungsarten.

§§ 5, 13 und 14.

Im Betriebe von Werkstätten, in denen die Beschäftigung von Kindern nicht nach dem Obengesagten verboten ist, im Handelsgewerbe und in den Verkehrsgewerben dürfen fremde Kinder unter 12 Jahren nicht beschäftigt werden. Die Verwendung eigener Kinder in den erlaubten Beschäfti-

gungsarten ist dagegen schon vom 10. Jahre ab gestattet. Ja, nach § 14 kann der Bundesrat für einzelne Arten der erlaubten Werkstätten (nicht aber für Handels- und Verkehrsgewerbe) gestatten, daß Kinder unter 10 Jahren Verwendung finden, wenn die Kinder mit „besonders leichten und ihrem Alter angemessenen“ Arbeiten beschäftigt werden. Der Bundesrat hat von dieser Befugnis ausgiebigen Gebrauch gemacht, indem er für eine ganze Reihe von Arbeiten das Schulalter bis zum 31. Dezember 1905 auf 8 Jahre, vom 1. Januar 1906 bis 31. Dezember 1908 auf 9 Jahre herabgesetzt hat. Unter den „leichten und angemessenen“ Beschäftigungen befanden sich unter anderen das Aufnähen von Knöpfen, Aufreihen von Perlen, Fransenknüpfen, Schachtelnkleben usw., gewiß Arbeiten, die nicht große Körperkraft erfordern, aber auf die Dauer um so öder und stumpfsinniger sind.

Eigene Kinder, die in der elterlichen Behausung für Dritte tätig sind (siehe S. 37), müssen mindestens 12 Jahre alt sein. Sie werden also in bezug auf Arbeitsdauer, Anzeigepflicht und Arbeitskarte (siehe diese) als eigene, in bezug auf das Schulalter als fremde Kinder behandelt.

Zum Handelsgewerbe gehört außer dem, was man gewöhnlich darunter versteht, auch der Zeitungsverlag, das Expeditionsgeschäft, der Konsumverein usw. Der Hausierhandel, wo doch zahlreiche Mißstände bei der Kinderbeschäftigung zutage getreten sind, ist leider nicht unter die verbotenen Beschäftigungsarten aufgenommen worden. Das wird damit begründet, daß das Hausieren von Kindern schon auf Grund der §§ 42b Abs. 5 und 60b Abs. 3 der Gewerbeordnung von der Ortspolizeibehörde verhindert werden kann. Leider scheint jedoch die Behörde von dieser Befugnis nur in beschränktem Maße Gebrauch zu machen.

Im Verkehrsgewerbe kommen Kinder vor allem im Fuhrwesen, als Botengänger, Plakatanhänger, Fremdenführer, Vereinsboten, Koffer- und Gepäckträger zur Verwendung.

#### 4. Beginn, Dauer und Pausen der Beschäftigung.

§§ 5 und 13.

Die Beschäftigung von Kindern — und zwar eigener wie fremder — darf nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterricht stattfinden. Fremde Kinder dürfen nicht länger als 3 Stunden, in den Schulferien nicht länger als 4 Stunden täglich beschäftigt werden. Für eigene Kinder ist die Dauer der Arbeit nicht festgesetzt. Am Mittag muß allen Kindern eine zweistündige Pause gewährt werden. Am Nachmittag darf die Beschäftigung für alle erst eine Stunde nach beendetem Unterricht beginnen. Also betreffs der Nachtruhe, des Arbeitsbeginns und der Pausen stehen die eigenen Kinder den fremden gleich, betreffs der Dauer sind sie benachteiligt. In der Schulzeit, wo von der 9 bis 10stündigen für die Arbeit erlaubten Zeit (8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, abzüglich 2 bis 3 Stunden Pausen) noch 4 bis 5 Schulstunden in Abzug kommen, dürfen eigene Kinder also 4 bis 6 Stunden, in den Ferien aber 10 Stunden arbeiten! Zu beachten ist, daß vor dem Schulunterricht kein Kind beschäftigt werden darf, auch wenn er erst um 9 oder 10 Uhr morgens beginnt; ferner, daß eine ununterbrochene Mittagspause von 2 Stunden gewährt werden muß, gleichviel, ob der Nachmittagsunterricht schon um 1 Uhr beginnt (dann muß sie eben von 11 bis 1 Uhr dauern) oder ob das Kind um 1 Uhr aus der Schule kommt und keinen Nachmittagsunterricht erhält.

#### 5. Beschäftigung im Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften.

§§ 7, 16 und 20.

Im Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften dürfen eigene und fremde Kinder unter 12 Jahren überhaupt nicht und Mädchen unter 14 nicht bei der Bedienung der Gäste beschäftigt werden. Die Verwendung schulpflichtiger Mädchen

beim Bedienen der Gäste ist gänzlich untersagt worden „wegen der sittlichen Gefahren, welche der Verkehr mit den Gästen mit sich bringt“. Das Abtragen des Geschirrs in den Biergärten, das Gläserspülen, das Stiefelputzen in Gasthäusern usw. ist somit für Kinder unter 12 Jahren verboten. Auch Arbeiten, die sich nicht in den Gast- und Schankwirtschaften selbst vollziehen, sondern nur zu ihrem „Betriebe“ gehören, zum Beispiel der „Verkauf über die Straße“ (Austragen von Bier und Speisen), fallen unter diese Vorschrift. Für die Beschäftigung von Kindern über 12 Jahre gelten die bereits mitgeteilten Bestimmungen über Beginn, Dauer und Pausen. Sie darf nicht in der Zeit von 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterricht stattfinden. Auch muß eine zweistündige Mittagspause und eine Freistunde nach dem Nachmittagsunterricht gewährt werden. Für fremde Kinder darf die Dauer der Beschäftigung 3 Stunden, in den Schulferien 4 Stunden nicht überschreiten. Für eigene Kinder ist die Arbeitsdauer nicht festgesetzt. Ein Regeljunge darf also jetzt nicht mehr vor vollendetem 12. Jahre und abends nicht nach 8 Uhr beschäftigt werden! Ein Gastwirt darf auch nicht dulden, daß etwa geschlossene Gesellschaften, an die er seine Regelbahn vermietet hat, Kinder beschäftigen. Ob auch das Regelauflagen in Privathäusern oder in Vereinen, die eigene Klubhäuser besitzen, unter das Kinderschutzgesetz fällt, darüber sind sich die Gesetzkommentare nicht einig. Hofmann bejaht die Frage, Rohmer und Neufkamp verneinen sie, da bei solchen Regelbahnen „kein Gewerbebetrieb vorliege“.

In Orten, die nach der jeweilig letzten Volkszählung weniger als 20000 Einwohner haben, kann die untere Verwaltungsbehörde für Betriebe, in denen in der Regel ausschließlich zur Familie gehörige Personen beschäftigt werden, die Verwendung eigener Kinder zulassen, immer natürlich innerhalb der angegebenen Bestimmungen über Nachtruhe und Pausen. Es sind die kleinen Betriebe ins Auge ge-

faßt, wo keine Kellner und Kellnerinnen (außer etwa an Tagen außergewöhnlichen Zubrangs) beschäftigt werden, „Wirtschaften auf dem Lande, wo die Gaststube nicht selten zugleich Wohnstube ist“. Das Kinderschutzgesetz schreibt nicht vor, bis zu welcher Altersgrenze diese Ausnahme in der Beschäftigung eigener Kinder zugelassen werden kann. Nach den preussischen und bayerischen Ausführungsbestimmungen soll jedoch grundsätzlich nicht unter das Alter von 10 Jahren herabgegangen werden.

Zur Beseitigung erheblicher, die Sittlichkeit gefährdender Mißstände kann die Polizeibehörde nach § 20 auf dem Wege der Verfügung für einzelne Gast- und Schankwirtschaften die Beschäftigung von Kindern weiter einschränken oder untersagen. Die Polizei kann zum Beispiel dem Gastwirt verbieten, in seiner „Damenkneipe“ einen Jungen von 13 Jahren den Kellnerinnen beim Gläserspülen helfen zu lassen.

#### 6. Beschäftigung beim Austragen von Waren und bei sonstigen Botengängen.

§§ 8 und 17.

Für fremde Kinder, die zum Austragen von Waren oder zu sonstigen Botengängen verwendet werden, gelten über Schutzalter, Arbeitsdauer, Nachtruhe und Pausen dieselben Bestimmungen wie für die in Werkstätten beschäftigten: sie müssen das 12. Lebensjahr vollendet haben, dürfen nur zwischen 8 Uhr früh und 8 Uhr abends, aber nicht vor dem Vormittagsunterricht, 3, in den Ferien 4 Stunden arbeiten unter Beobachtung einer zweistündigen Mittagspause und einer Freistunde nach dem Nachmittagsunterricht. Innerhalb dieser Grenzen ist das Austragen von Waren und das Berrichten von Botendiensten auch für solche Betriebe erlaubt, in denen die Kinderarbeit sonst verboten ist. Chemische Waschanstalten zum Beispiel, die innerhalb ihres Betriebes Kinder überhaupt nicht beschäftigen dürfen, können dennoch die gereinigten Kleidungsstücke ihren Kunden

durch Kinder über 12 Jahren in die Wohnungen bringen lassen. Für die ersten zwei Jahre konnte die untere Verwaltungsbehörde gestatten, daß Kinder über 12 Jahren bereits von 6½ Uhr morgens an und vor dem Vormittagsunterricht eine Stunde lang mit Botengängen und Warenaustragen beschäftigt wurden. Diese Ausnahmebefugnis ist aber mit dem 31. Dezember 1905 erloschen.

Für eigene Kinder sind nur Beschränkungen beim Austragen von Zeitungen, Milch und Backwaren vorgesehen, vorausgesetzt, daß die Kinder ihren Eltern bei der für Dritte übernommenen Arbeit helfen, daß die Eltern nicht selbst Betriebsinhaber, sondern Bedienstete eines anderen Betriebs sind. In diesem Falle gelten für die „eigenen“ Kinder genau dieselben Bestimmungen wie für fremde (mit Ausnahme der Bestimmungen über Anzeigepflicht und Arbeitskarte; siehe diese). Es darf sich also jetzt eine „Brötchenfrau“ nicht mehr früh vor der Schule von ihren Kindern helfen lassen, auch nicht ausnahmsweise. Eine Zeitungsträgerin<sup>1</sup> darf nur ihre über 12 Jahre alten Kinder zum Austragen mitnehmen, aber nicht vor 8 Uhr früh oder vor dem Vormittagsunterricht, nachmittags erst eine Stunde nach Beendigung des Unterrichts und nicht länger als 3 respektive 4 Stunden täglich.

<sup>1</sup> Die Frage, wie es mit der Beschäftigung eigener Kinder der Zeitungskolporteurs steht, ist von den mir vorliegenden Kommentaren übersehen worden. Nach Entscheidungen in Kranken- und Invalidenversicherungssachen sind Zeitungskolporteurs, „welche eine Anzahl Exemplare für ihre Person bestellen, ihren Kundenkreis frei aussuchen, auf eigene Gefahr Kredit gewähren, selbständige Gewerbetreibende“ (Hahn, Krankenversicherungsgesetz, S. 23.) Daraus haben die Aufsichtsbehörden den Schluß gezogen, daß den Zeitungskolporteurs die Beschäftigung eigener Kinder ohne Beschränkung erlaubt sei, und daß nur sogenannte Unterausträger von der Beschränkung betroffen würden. Meines Erachtens entspricht diese Auslegung nicht dem Sinne des Kinderschutzgesetzes, sondern es ist hier der Begriff des selbständigen Unternehmers strenger zu fassen. Es wäre sonst der größere Teil der zeitungstragenden Kinder dem Schutze des Gesetzes entzogen.

Im übrigen ist die Beschäftigung von eigenen Kindern beim Austragen von Waren und bei Botengängen ohne jede Beschränkung erlaubt. Der Bäckermeister, der Milchhändler kann seinen Sohn Warenaustragen lassen, wann er will; die Plattfrau kann durch ihr Töchterchen den Kunden Wäsche zusenden zu jeder Tageszeit, auch nach 8 Uhr abends; die Konfektionsnäherin kann die fertigen Blusen dem Unternehmer durch ihre acht- oder zehnjährigen Kinder abliefern lassen, wann sie Lust hat. Jedoch haben die Polizeibehörden die Befugnis, derartige Beschäftigungen — falls sich Mißstände herausstellen sollten — einzuschränken.

### 7. Sonntagsruhe.

§§ 9, 13 Absatz 3, 17.

An Sonn- und Festtagen dürfen sowohl eigene wie fremde Kinder nicht im Betriebe von Werkstätten, im Handels- und im Verkehrsgewerbe beschäftigt werden. Für fremde Kinder ist das Verbot der Sonntagsarbeit auch auf den Betrieb von Gast- und Schankwirtschaften ausgedehnt — kein Wirt darf also jetzt mehr Sonntags einen Jungen zum Regelaufsehen annehmen —, während eigene Kinder innerhalb der für die Beschäftigung in diesen Betrieben gesteckten Grenzen auch Sonntags tätig sein dürfen.

Für die Beschäftigung bei öffentlichen theatralischen Aufführungen und sonstigen öffentlichen Schaustellungen gelten auch Sonntags die §. 39 angeführten Bestimmungen: sie sind gewöhnlich verboten, wenn jedoch „ein höheres Interesse der Kunst und Wissenschaft obwaltet“, kann die untere Verwaltungsbehörde Ausnahmen zulassen. In Vereinsaufführungen und Wohltätigkeitsvorstellungen dürfen Kinder auch Sonntags mitwirken.

Beim Austragen von Waren oder mit sonstigen Botengängen dürfen nur über 12 Jahre alte Kinder Sonntags beschäftigt werden, und zwar zwischen 8 und 1 Uhr vormittags auf die Dauer von höchstens 2 Stunden,



wobei aber die Zeit des Hauptgottesdienstes und eine halbe Stunde vorher freigelassen werden muß.

Für eigene Kinder, die beim Austragen von Zeitungen, Milch und Backwaren für Dritte mitbeschäftigt werden gelten betreffs der Sonntagsarbeit dieselben Bestimmungen wie für fremde. Im übrigen ist die Verwendung von eigenen Kindern zu Botendiensten auch Sonntags ohne jede Einschränkung erlaubt.

### 8. Anzeigepflicht.

#### § 10.

Im Interesse der Kontrolle verlangt das Kinderschutzgesetz, daß ein Arbeitgeber, der fremde Kinder bei sich beschäftigen will, vor dem Beginne der Beschäftigung der Ortspolizeibehörde eine schriftliche Anzeige davon macht. Bei der Beschäftigung eigener Kinder, selbst wenn sie für Dritte tätig sind, ist eine Anzeige nicht vorgeschrieben.

Obwohl im allgemeinen auch jede gelegentliche Beschäftigung von Kindern in gewerblichen Betrieben dem Kinderschutzgesetz untersteht, hat doch das Gesetz die in § 10 vorgesehene Anzeigepflicht auf diejenigen Fälle beschränkt, in denen eine regelmäßig wiederkehrende Beschäftigung von Kindern stattfindet. Wird ein Kind hie und da zu einer einzelnen Dienstleistung herangezogen (zum Beispiel zu einem Botengang), so ist keine Anzeige erforderlich. Kehrt aber die „einzelne Dienstleistung“ regelmäßig wieder (zum Beispiel das Abholen von Postfächern), oder handelt es sich zwar um eine gelegentliche, aber länger andauernde Arbeit (zum Beispiel in der Hausindustrie oder mit ausbilsweisem Zeitungstragen), so ist der Behörde davon Anzeige zu erstatten.

### 9. Arbeitskarte.

#### §§ 11 und 20.

Der Kontrolle dienen auch die Bestimmungen über die Ausstellung einer Arbeitskarte. Der Arbeitgeber darf ein fremdes Kind nicht dauernd oder regelmäßig (wohl aber

gelegentlich mit einzelnen Dienstleistungen) beschäftigen, ohne daß ihm für dasselbe eine Arbeitskarte eingehändigt worden ist. Die Arbeitskarte wird auf Antrag des Vaters, oder — falls dieser tot oder der elterlichen Gewalt verlustig erklärt ist — der Mutter oder des Vormunds durch die Ortspolizeibehörde ausgestellt und muß Namen, Geburtstag und -jahr des Kindes, sowie Namen, Stand und Wohnort des gesetzlichen Vertreters enthalten. Der Arbeitgeber hat die Arbeitskarte zu verwahren, auf amtliches Verlangen vorzulegen und nach „rechtmäßiger“ Lösung des Arbeitsverhältnisses dem gesetzlichen Vertreter wieder auszuhandigen. Läuft das Kind vor Ablauf der kontraktlichen oder — falls nichts darüber vereinbart ist — der gesetzlichen Kündigungsfrist (14 Tage) aus der Arbeit, so kann der Arbeitgeber die Arbeitskarte zurückbehalten. Für aus dem Arbeitsverhältnis erwachsende Streitigkeiten ist das Gewerbegericht (respektive Innungsschiedsgericht oder der Gemeindevorsteher) zuständig.

Die Ortspolizeibehörde kann auf Antrag oder nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde einem Kinde die Arbeitskarte entziehen und die Erteilung einer neuen verweigern. Voraussetzung ist, daß bei einer sonst zulässigen Beschäftigung eines Kindes erhebliche Mißstände zutage getreten sind. Diese können sowohl auf gesundheitlichem Gebiet liegen, wie hinsichtlich der geistigen oder sittlichen Entwicklung des Kindes hervorgetreten sein.

### 10. Kontrollbestimmungen.

Mit der Überwachung der Kinderarbeit sind die Ortspolizeibehörden, sowie die Gewerbeaufsichtsbeamten betraut. Und zwar ist in Preußen, Bayern, Baden, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Nürnberg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Ruß jüngere Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe-Dehmold, Elsaß-Lothringen den Ortspolizeibehörden vor

allen die Aufsicht über die Speditionsgeschäfte, der Handels- und Verkehrsgewerbe, die theatralischen und sonstigen Vorstellungen, die Gast- und Schankwirtschaften, sowie das Warenaustragen (in Baden auch noch das Steineklappen, das Schornsteinfegergewerbe und die Kellereien) unterstellt, während die Überwachung der übrigen Betriebe von den Ortspolizeibehörden und den Gewerbeaufsichtsbeamten gemeinsam ausgeübt wird. Sachsen hat neben den Gewerbe- polizeibehörden vor allem den Gewerbeaufsichtsbeam- tinnen die Aufsicht über die Bestimmungen des Kinder- schutzgesetzes übertragen. In Bayern, Baden, Hessen, Alten- burg, Coburg-Gotha und Meuß a. L. sind auch die Schul- aufsichtsbehörden sowie die Lehrer zur Mitwirkung heran- gezogen. Das ist eine sehr vernünftige Maßregel, denn es wird den Lehrern selten entgehen, wenn einer ihrer Schüler zu gewerblichen Arbeiten verwendet wird, und sie werden auch am ehesten imstande sein, Gesetzesübertretungen festzustellen oder bei etwaigen üblen Folgen der erlaubten Beschäftigungen auf Entziehung der Arbeitskarte zu dringen.

Die Ortspolizeibehörden und Gewerbeaufsichtsbeamten sind befugt, jederzeit, selbst nachts Revisionen in den Betrieben und Werkstätten, auch in Privatwohnungen, wo nur eigene Kinder beschäftigt werden, vorzunehmen; in den letztgenannten hausindustriellen Betrieben dürfen nächtliche Revisionen aber nur dann stattfinden, wenn begründeter Verdacht auf Nachtbeschäftigung von Kindern vorliegt.

## V.

## Beurteilung und bisheriger Erfolg des Kinder- schutzgesetzes.

Im Vergleich zu dem früheren Zustand bedeutet das Gesetz zweifellos einen Fortschritt. Vor allem ist es wert- voll, daß es wagt, in die Familie einzudringen, an deren Schwelle bisher die soziale Gesetzgebung glaubte Halt machen zu müssen. Nachdem es der kapitalistischen Ausbeutung schon längst gelungen war, diese Schwelle zu überschreiten, nach- dem sie das heilige Verhältnis zwischen Eltern und Kindern in zahllosen Fällen zu einem Verhältnis zwischen Unter- nehmer und Arbeitsklaven herabgewürdigt hatte, war das Gerede von der Unantastbarkeit der Familie nichts als eine widerwärtige Heuchelei. Das Kinderschutzgesetz bricht mit diesem bisher sorgfältig gewahren Prinzip und bahnt dadurch einer späteren Heimarbeiter-schutzgesetzgebung den Weg.

Den Eltern aber macht es klar, daß ihnen ihr Eltern- beruf nicht so sehr Rechte gibt als vielmehr Pflichten auferlegt. „Die Kinder müssen den Eltern helfen; wozu hätte man sie denn sonst großgezogen?“ das ist eine alte und weitverbreitete Ansicht. Als ob das „Großziehen“ Aus- beuterrechte verliehe! Jedes Tier tut das und erwartet kein Entgelt dafür. Die Kinder haben uns um ihr Leben nicht gebeten, wir haben sie in die Welt gesetzt, ohne sie zu fragen. Wir haben damit die heilige Verpflichtung übernommen, ihnen das Dasein nicht zur Qual zu machen. — Indem das Kinderschutzgesetz den Eltern das Gewissen schärft, dokumentiert es, daß die Kinder nicht den Eltern, son- dern der Gesellschaft gehören, daß die Gesellschaft

nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht hat, über das körperliche, geistige und sittliche Wohl derer zu wachen, von denen ihre eigene Zukunft abhängt.

Neben diesen Ergebnissen sozial-ethischer Natur bringt das Gesetz — vorausgesetzt, daß es genau durchgeführt wird — auch einige wertvolle praktische Errungenschaften. Es verschließt den Kindern eine Reihe von gesundheitsgefährlichen Betrieben; es sichert allen gewerblich arbeitenden Kindern eine ausreichende Nachtruhe; es gibt ihnen den Sonntag wieder oder beschränkt hier die Arbeit (für die für fremde Rechnung tätigen Botengänger) auf höchstens zwei Stunden; es entfernt alle Kinder aus Schaubuden und Variétés; es verbietet, daß Kinder von fremden Arbeitgebern vor dem zwölften, von den Eltern vor dem zehnten Jahre zu gewerblicher Arbeit herangezogen werden; es untersagt den Mädchen das Bedienen der Gäste in fremden Gastwirtschaften. Das alles sind, verglichen mit der früheren absoluten Ausbeutungsfreiheit, gewiß nicht zu unterschätzende Fortschritte.

Freilich, wenn man den Blick auf das Gesamtgebiet der Kinderausbeutung richtet, dann schrumpft das Erreichte gar bedenklich zusammen. Wir haben auf Seite 18 (Anmerkung) die Anzahl der in Deutschland erwerbstätigen Kinder auf zirka zwei Millionen berechnet.<sup>1</sup> Von diesen zwei Millionen wird nur der vierte Teil, die ca. 500 000 gewerblich arbeitenden Kinder, durch das Kinderschutzgesetz der schlimmsten Ausbeutung entriickt. Die Kinderarbeit in Landwirtschaft und Gesindebienst wird leider nicht von ihm erfaßt. Der Ausdehnung des Gesetzes nach dieser Richtung riefen sowohl der Bundesrat als der rechte Flügel des Reichstags ihr „Unannehmbar“ entgegen. Handelt es

<sup>1</sup> Dr. Anton Reigbach hat im „Oberrheinischen Pastoralblatt“ von 1902 allein die Zahl der in Landwirtschaft und Gesindebienst beschäftigten Kinder auf 2 Millionen geschätzt. Mit den im Gewerbe tätigen wären es also 2½ Millionen.

sich doch hier um Berufswege, wo die Kinderarbeit durch uralte Gewohnheit geheiligt ist und heute am unentbehrlichsten scheint. Schon in grauer Vorzeit wurden die Kinder zu Feldarbeiten und zum Hüten des Viehes mit herangezogen. Mit dem Aufkommen der Geldwirtschaft, die den Bauern zwang, nicht mehr nur für den Bedarf, sondern für den Erwerb zu produzieren, nahm auch der Grad der Kinderausbeutung zu, und heute ist sie geradezu ein Mittel, den Kleinbetrieb zu erhalten, dem Kleinbauern seine armelige und meist so trügerische wirtschaftliche Selbständigkeit fristen zu helfen. Doch auch der landwirtschaftliche Großbetrieb meint im Hinblick auf die bekannte „Leutenot“, der Kinderausbeutung nicht entraten zu können; und für unsere Junfer hat deshalb die Lehre von der Unantastbarkeit der ländlichen Kinderarbeit den Wert eines religiösen Glaubenssatzes. Und doch bestehen die allgemeinen gesundheitlichen und sittlichen Gefahren auch für die in diesen Berufsweigen beschäftigten Kinder. Wenn die Arbeit sich auch zumeist im Freien vollzieht, ist sie doch vielfach schwer und ungesund. Das Rübenhacken zum Beispiel erfordert viel Kraft, besonders wenn der Boden lehmig oder von der Sonne ausgebrüt ist. Dazu muß diese Verrichtung in gebückter Stellung und bei glühender Sonnenhitze vorgenommen werden. Auch beim Rübenverziehen ist es die unbequeme gebückte Körperhaltung, die die Arbeit ermüdend und ungesund macht. „Am schlimmsten ist dann das Kartoffelroden. Die Kinder haben ähnlich wie beim Rübenverziehen ganz schwarze Hände; von der anhaltenden und anstrengenden Arbeit des Kartoffelaufsens, Zusammenschleppens vom frühen Morgen bis späten Abend erscheinen sie nachher ganz abgestumpft und verkommen.“<sup>1</sup>

Die Gefahren für Leib und Leben werden noch vermehrt durch die zunehmende Verwendung von Maschinen

<sup>1</sup> Agahb, a. a. O., S. 183.

in der Landwirtschaft. Wie oft kommt es vor, daß Kinder allein an den Dresch- und Häckselmaschinen zu Schaden kommen! Die landwirtschaftliche Kinderarbeit umfaßt zwar in der Mehrzahl der Fälle nur einige Wochen oder Monate im Jahr, dafür wird sie dann aber als echte Saisonarbeit mit Hochdruck betrieben, und die tägliche Arbeitsdauer findet gewöhnlich erst an der hereinbrechenden Dunkelheit oder an der absoluten Erschöpfung der Arbeiter ihre Grenze. Das Kultusministerium in Sachsen-Weimar erlaubt, daß Schulkinder der letzten drei Schuljahre (also vom elften Jahre an) vom 1. Mai bis 31. Oktober in den Ferien bis zu täglich zehn Stunden zu gemeinschaftlicher Feldarbeit verwendet werden. Die anhaltische Regierung hat eine Verfügung erlassen, nach der „nur mindestens Achtjährige zu ganzen Tagesleistungen herangezogen werden, noch Jüngere nur die Hälfte oder zwei Drittel der Zeit beschäftigt werden dürfen“. Diese Verordnung, gegen die nebenbei bemerkt die Agrarier aufs lebhafteste agitiert haben, bestimmt ferner: „Die Arbeitszeit ist von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit einer zweistündigen Mittagspause festgesetzt. Ist nach dieser Leistung noch ein Fußmarsch nötig, so soll das Ende der Arbeitszeit so gelegt werden, daß die Heimkehr spätestens bis 8 Uhr erfolgt sein kann. Beim Transport mittels Wagen ist Überfüllung und ein Herausfallen der Kinder zu verhüten.“<sup>1</sup> Eine solche Verordnung schildert uns das Paradies ländlicher Kinderarbeit eindringlicher als ein ganzer Band voll Klagen. Was müssen das für Verhältnisse gewesen sein, die eine derartige Verfügung notwendig machten!

In sittlicher Beziehung ist die Kinderarbeit in Landwirtschaft und Gesindebienst vielfach noch bedenklicher als in gewerblichen Betrieben. Die Hüttekinder sind den ganzen

<sup>1</sup> Zitiert nach dem stenographischen Bericht der Reichstagsverhandlungen vom 24. April 1902, S. 5031.

Tag sich selbst überlassen. Sie werden Zeuge der geschlechtlichen Vorgänge bei dem ihnen anvertrauten Vieh. Ablenkende geistige oder körperliche Tätigkeit fehlt, und so sind günstige Bedingungen zur Entstehung geschlechtlicher Verirrungen gegeben, denen das Kind in der Einsamkeit sich ungestört hingeben kann. Des Abends sind die Hüttekinder meistens in der Gesindestube, teilen auch wohl die Schlafräume der Knechte und Mägde und sehen und hören da oft die schlimmsten Dinge. Und nicht viel besser gestaltet sich die Sache für die Kinder, die zur Mithilfe bei anderen landwirtschaftlichen Arbeiten auf Gutshöfen verbunden werden. „Sie kommen hier mit sittlich unzuverlässigen oder gar verdorbenen Leuten in Berührung, werden Zeugen von Gesprächen und Handlungen, die Kindern unter allen Umständen verborgen bleiben sollten. Man muß nur einmal die Zweideutigkeiten und offenbaren Boten belauscht haben, in denen sich die Leute bewegen, sobald beide Geschlechter — namentlich Hofgänger und Hofgängerinnen, Knechte und Mägde — zusammenarbeiten, muß die unkeuschen Handgriffe und Balgereien gesehen haben, die hier als harmlose Scherze gelten, und man wird zugeben, daß gerade in der gemeinsamen Beschäftigung der Kinder mit den Erwachsenen ein hervorragend schädliches Moment liegt.“<sup>1</sup>

Wie es um die Schulbildung der landwirtschaftlich beschäftigten Kinder steht, das kann der leicht ermesen, der weiß, welches geringe Maß von Bildung die ein-, zwei- oder dreiklassigen Dorfschulen schon an und für sich zu übermitteln imstande sind. Und bei diesen ohnehin schon ungünstigen Schulverhältnissen gestatten die Provinzialbehörden noch vielfach, daß Hüttekinder vom elften Jahre ab für den ganzen Sommer völlig oder teilweise vom Schul-

<sup>1</sup> Nagel, Die ländliche Arbeiterjugend im Lichte der Sittlichkeit. Preussische Lehrerzeitung Nr. 22, 1896.

unterricht dispensiert werden, „wenn sie nur fertig Lesen können und die diesem Alter entsprechenden Kenntnisse in der Religion, im Rechnen und Schreiben besitzen“. In einigen Gegenden ist während des ganzen Sommers oder einiger Monate die sogenannte „Halbtagschule“ eingeführt. Unter Verkürzung der üblichen Stundenzahl wird nur am frühen Vormittag Unterricht erteilt, damit die Kinder die übrige Zeit für landwirtschaftliche Arbeiten frei sind. Im württembergischen Städtchen Ravensburg wird alljährlich im Frühjahr ein „Kindermarkt“ abgehalten. Tiroler Kinder zwischen 7 und 15 Jahren werden der Schule und der elterlichen Aufsicht entzogen und zur Arbeit ins „Schwabenland“ verdungen. Ein solches Kind trägt dann dem „Eigentümer“ zum Herbst 8 bis 20 Gulden, dazu gewöhnlich einen Werktags- und einen Feiertagsanzug ein.<sup>1</sup> Diese wenigen Auszüge aus einem bergehojen Anlagematerial werden schon zur Genüge beweisen, daß die Unterstellung der landwirtschaftlichen und Gefindearbeit unter das Kinderschutzgesetz dringend notwendig ist.

Ein weiterer Mangel des Gesetzes ist, daß es betreffs des Schutzalters nicht weitgehend und nicht einheitlich genug ist. Kinder unter 13 Jahren und noch volksschulpflichtige Kinder über 13 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden in den im § 4 und im zweiten Anhang genannten Betrieben, bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und anderen öffentlichen Schaustellungen, Mädchen nicht beim Bedienen der Gäste in Gast- und Schankwirtschaften. — Eigene und fremde Kinder unter 12 Jahren dürfen nicht in Gast- und Schankwirtschaften beschäftigt werden. Fremden Kindern unter 12 Jahren sind die — nach Ausschluß der überhaupt verbotenen — übrig bleibenden Werkstätten, das Handels- und Verkehrsgewerbe, das Austragen von Waren und sonstige Boten-

<sup>1</sup> Siehe Magd a. a. O., S. 159.

gänge verschlossen. Eigene Kinder unter 12 Jahren dürfen in der Wohnung ihrer Eltern für Dritte nicht beschäftigt werden, desgleichen auch nicht Zeitungen, Milch und Backwaren für Dritte austragen. — Eigene Kinder unter 10 Jahren dürfen überhaupt keine gewerbliche Arbeit leisten, mit Ausnahme des Austragens von Waren und der sonstigen Botengänge für den Betrieb der Eltern, wo die Arbeit ohne jede Altersbeschränkung erlaubt ist. — Ein glattes Verbot aller Kinderarbeit vor dem vollendeten vierzehnten Jahre würde einerseits den heranwachsenden Menschenkindern wenigstens die Möglichkeit einer harmonischen körperlichen und geistigen Entwicklung bis zu diesem Alter gewähren, statt daß sie, wie jetzt, schon vom zwölften, respektive zehnten Jahre einseitiger Erwerbsarbeit ausgeliefert sind.<sup>1</sup> Ein solches klares Verbot würde aber auch die Kontrolle und die Durchführung des Gesetzes ganz außerordentlich erleichtern. Die uneinheitlichen Bestimmungen über das Schutzalter zusammen mit dem dritten Hauptmangel des Gesetzes, der verschiedenen Behandlung eigener und fremder Kinder, machen eine wirksame Kontrolle fast unmöglich und öffnen der Umgehung Tür und Tor. Die größere Ausbeutungsfreiheit gegenüber den eigenen Kindern hat zur Folge, daß der fremde Arbeitgeber, um den Bestimmungen über Anzeigepflicht, Arbeitskarte sowie Arbeitsdauer zu entgehen, die Beschäftigung der Kinder aus seiner Werkstätte in ihre elterliche Wohnung verlegen wird. Dort ist der Arbeitsdauer der über Zwölfjährigen keine Schranke gesteckt. Sollen

<sup>1</sup> Der Satz des sozialdemokratischen Programms: „Verbot der Erwerbsarbeit der Kinder unter 14 Jahren“ hat nur den Charakter einer Minimalforderung. Es ist selbstverständlich, daß in der Gesellschaftsordnung, die die Sozialdemokratie aufstellt, der allseitigen Ausbildung von Körper und Geist noch weit länger Zeit gelassen werden wird, als nur bis zum 14. Jahre. Was heute den Zugehörigen der oberen Beinhunderttausend recht ist, wird dann der Jugend des gesamten Volkes billig sein, nur mit dem Unterschied, daß es sich nicht um einseitige Geisteskultur, sondern zugleich um vielseitige technologische Ausbildung handeln wird.

auch die Zehn- bis Zwölfjährigen mit herangezogen werden, so brauchen die Eltern nur selber etwas daran mitzuarbeiten, sofort hört die Arbeit auf, unter die Bestimmungen der „Beschäftigung für Dritte“ zu fallen.

So ist es nicht zu verwundern, daß die Kontrollorgane der Kompliziertheit des Gesetzes — ebenso wie der Anzahl der unterstellten Betriebe — vielfach immer noch hilflos gegenüberstehen. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten dokumentieren, wie häufig das Kinderschutzgesetz von den Behörden übersehen oder falsch ausgelegt wird. Auch jetzt noch — nach fünfjährigem Bestehen des Gesetzes — verzeichnen sie zahlreiche Fälle, wo die Ortspolizeibehörden im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen für Kinder Arbeitskarten ausgestellt haben.<sup>1</sup> Neben der Unkenntnis der unteren Verwaltungsbehörden erschwert aber auch zuweilen ihre Lässigkeit, ja Widerwilligkeit die Durchführung des Gesetzes. So berichtet zum Beispiel der Beamte für Niederbayern, daß häufig, nachdem gesetzwidrige Beschäftigung von Kindern in Ziegeleien festgestellt worden sei, „die unnachsichtliche Entfernung derartiger Kinder von der Betriebsstätte durch die Ortspolizei noch sehr viel zu wünschen übrig“ lasse. Und die Aufsichtsbeamtinnen für Württemberg klagen: „Die Heimbetriebe, in welchen nur eigene Kinder beschäftigt werden, wurden unseren Erfahrungen nach von keiner Ortspolizeibehörde einer Revision unterzogen. . . Im allgemeinen wurde auch bezüglich der Beschäftigung fremder Kinder ein tätigeres Eingreifen der Ortspolizeibehörde — ausgenommen die größeren Oberamtsstädte — nicht wahrgenommen. Brotaustragen morgens vor der Schule, Zeitungsaustragen durch zu junge Kinder oder während der Mittagspause kam vor, ohne daß die Polizeibehörde darauf acht hatte, obwohl die Austräger ja täglich auf der Straße an-

<sup>1</sup> Siehe die Berichte von Merseburg, Niederbayern, Chemnitz, Württemberg, Baden, Braunschweig, Sachsen-Altenburg und Anhalt für das Jahr 1908.

zutreffen waren. Ebenso wurden durch die Beamtinnen einige Regelungen ermittelt, die erst 9, 10 und 12 Jahre alt, an manchen Werktagen bis 9 und 10 Uhr nachts, Sonntags den ganzen Nachmittag und bis spät nachts beschäftigt waren. Manche Ortspolizeibehörden halten es noch immer nicht der Mühe wert, sich um die ihnen zu unbedeutend dünkende gewerbliche Kinderarbeit zu kümmern, oder sie lassen auch zu große Rücksicht obwalten.“

Kein Wunder, daß die Zahl der erwerbstätigen Kinder noch immer erschreckend hoch ist. Im Königreich Sachsen wurden 1908 in den revidierten Betrieben allein 7298 Kinder arbeitend angetroffen. Diese Zahl reicht natürlich bei weitem nicht an die der tatsächlich erwerbstätigen heran. Längst nicht alle Betriebe sind revidiert, und die große Anzahl der mit Botengängen beschäftigten Kinder ist auch nicht mit erfaßt worden. In Koburg-Gotha wurden im selben Jahre mit Hilfe der Lehrerschaft ungefähr 1800 erwerbstätige Kinder, zum größten Teil in der Heimindustrie, ermittelt. Die übrigen Berichte machen meist gar keine oder nur sehr unvollständige Zahlenangaben, so daß ein ziffernmäßiger Überblick über die Kinderarbeit im ganzen Reiche nicht möglich ist. Nach der ungefähren Schätzung des bereits mehrfach genannten Lehrers Agabé sind jedoch immer noch zirka 300 000 Kinder gewerblich tätig.

Auch das Tätigkeitsgebiet hat sich nicht wesentlich verschoben. Immer noch starrt uns das furchtbare Elend der hausindustriellen Kinderausbeutung ungemildert entgegen. Die in Koburg-Gotha gezählten Kinder waren beschäftigt mit Korbflechten, Knöpfanfertigen und -aufnähen, Kettenanschnüren, Uhrenzusammensetzen, Treffieren, Maskenauflegen und -malen, Laternenkleben und -anstreichen, Ausstopfen von Wolltiefchen, Puppenkleiderhäkeln, Puppenfrisieren, Puppenaugeneinsetzen usw. Die Beamtinnen für Württemberg entwerfen folgende Schilderung: „Wie hastig und angestrengt viele Kinder arbeiten müssen, davon einige Beispiele: Acht-

bis zehnjährige Kinder fertigen an einem freien Nachmittag und Abend je 2 bis 5 Paar Endschuhe zu 4 bis 5 Pf. das Paar, zehn- bis dreizehnjährige Kinder je 4 bis 8 Paar solcher Schuhe an; das Umhäkeln von 4 bis 12 Kinderkitteln, das Duzend zu 20 bis 25 Pf., ist die tägliche Arbeitsleistung manches Kindes nach vier- bis fünfstündigem Schulunterricht; hierbei muß jeder Kittel einmal ganz umhäkelt, sowie dreimal um den Halsausschnitt und zweimal um die Ärmel gehäkelt werden; auch bringen es zuweilen Kinderhände fertig, an ein Duzend Triothembden je 5 Knöpfe, also 60 Knöpfe, in 1 bis 1½ Stunden anzunähen; der Verdienst hierfür beträgt 5 bis 7 Pf. Manche Kinder, insbesondere diejenigen ganz armer Eltern, dürfen ihre Arbeitsplätze erst dann verlassen und sich im Freien Erholung gönnen, wenn sie ihr tägliches Arbeitspensum oder wenigstens den größten Teil desselben erledigt haben. Dies hat zur Folge, daß die Kinder meist sofort nach Schulschluß zur Arbeit greifen und fast fieberhaft arbeiten. Es begegnete den Beamtinnen, daß Kinder Rede und Antwort gaben, ohne auch nur von der Arbeit aufzusehen oder die Hände ruhen zu lassen.“ Die erwähnten Arbeiten sind an sich nach dem Kinderschutzgesetz erlaubt; die Gesetzesübertretung liegt hier in der Anspannung zu junger Kinder sowie in zu langer oder in verbotener Zeit stattfindender Beschäftigung. Aber auch betreffs der Art der Arbeit kommen immer noch zahlreiche Zuwiderhandlungen vor. Nur einige Beispiele: Im Regierungsbezirk Potsdam wurden 9 Knaben in Ziegeleien angetroffen. In einer davon erhielt das Kind für das Umsetzen von 1000 Steinen 5 Pf.! — In den Kreisen Landeshut und Hirschberg wurde „eine erhebliche Anzahl von Schulkindern im Alter von 6 bis 14 Jahren in der Hausindustrie mit dem Abputzen von geglähten Porzellanknöpfen und ähnlichen Gegenständen der Porzellanfabrikation beschäftigt. Diese mit Staubentwicklung verbundene Arbeit veranlaßte den Gewerbeinspektor, wiederholt einzuschreiten.“ — Aus dem Regierungs-

bezirk Oepeln wird mitgeteilt, daß trotz des Verbots immer noch öfters schulpflichtige Kinder auf Bauten angetroffen worden seien. Zu einer erschütternden Anklage wird der Bericht von Oberbayern. „In einer Hufschmiede wurde ein neunjähriger Knabe beim Beschlagen der Pferde verwendet, in einem Torfwerk waren laut Schulbericht 6 Knaben im Alter von 11 und 12 Jahren angestellt, welche täglich zehn Stunden lang Torf auflegten und eintrugen. 27 Kinder waren im Hausierhandel tätig, namentlich mit Verkaufen von Blumen auf Sommerkellern, oft noch in den späten Abendstunden. . . . Bei den wiederholten Revisionen in Friedberg bei Augsburg, wo Kinder in größerer Zahl bei der Bündholzschachtelmacherei beschäftigt werden, zeigte sich daselbe traurige Bild wie seit Jahren: lange Arbeitszeiten bis tief in die Nacht hinein und frühmorgens vor der Schule, Sonntagsbeschäftigung und Verwendung von Kindern weit unter dem gesetzlich zulässigen Alter (schon von 5 und 6 Jahren ab), Klagen der Lehrer über verminderte Leistungen ihrer Schüler. Ein elfjähriges Mädchen kommt jeden Morgen, nachdem es bereits zwei Stunden Schachteln gemacht hat, wegen großer Armut nüchtern zum Unterricht. . . . In München herrscht in der Kinderarbeit Littenkleben und Blumenmachen vor. Bei einer Revision wurde ein achtjähriges Mädchen angetroffen, dessen Augen durch das Goffrieren der Blütenblätter so überanstrengt waren, daß vom Lehrer aus die Beschäftigung untersagt und die Konsultierung eines Augenarztes angeordnet wurde. Zwei achtjährige Kinder müssen täglich vor der Schule von 6 bis ½ 8 Uhr Papier falzen, ebenso während der Mittagspause. Ein zehnjähriges Mädchen wurde mit Goldauflegen beschäftigt. Als häufigste Kinderbeschäftigung findet sich — namentlich in München — das Austragen von Milch, Zeitungen und sonstigen Waren. Es wurden hierbei 467 Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz festgestellt, meist in bezug auf die ungesetzliche Beschäftigung von Kindern in zu frühem Alter oder auf die Zeit der Beschäftigung untertags.“

Diese Beispiele werden wohl genügen, um zu zeigen, daß die Kinderarbeit lustig weitergedeiht.

Die Urteile der Gewerbeaufsichtsbeamten über die Durchführung und Durchführbarkeit des Kinderschutzgesetzes klingen daher auch nicht gerade sehr zuversichtlich. Die Beamtinnen für Württemberg führen zum Beispiel aus: „Hinsichtlich der Durchführung des Kinderschutzgesetzes in den hausgewerblichen Werkstätten muß gesagt werden, daß dieselbe langsam, sehr langsam vor sich geht. Mancherlei Hindernisse stehen im Wege. Eine nicht unbedeutende Rolle spielt hierbei die schon mehrfach betonte schwierige Auffindung der Heimbetriebe. Es ist infolge derselben sogar möglich, daß es noch immer Ortschaften mit ausgedehnter Hausindustrie gibt, zu denen noch keine Kunde von dem nun seit 5 Jahren für das Deutsche Reich bestehenden Kinderschutzgesetz gedrungen ist.“<sup>(1)</sup>

Nun gehören wir freilich nicht zu jenen Optimisten, die da meinen, es genüge schon, daß ein Gesetz im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wird, um einem so alt gewohnten und tief wurzelnden Mißstande ein Ende zu machen.<sup>1</sup> Wir wissen vielmehr, daß es einer eifrigen und vielleicht langjährigen Erziehungsarbeit bedarf, um dem Gesetz Eingang im Volksbewußtsein zu schaffen. Aber eben weil wir die Schwierigkeiten erkennen, meinen wir, sie hätten nicht durch die Kompliziertheit des Gesetzes noch ins Maßlose gesteigert werden sollen.

Jedenfalls ist sicher: soll das Gesetz nicht toter Buchstabe bleiben, dann darf seine Durchführung nicht den zuständigen Behörden allein überlassen werden. Da muß jeder mit Hand anlegen, der ein Herz für die Kinder hat.

<sup>1</sup> Als gelegentlich der Berliner Heimarbeitausstellung der damalige Staatssekretär v. Posadowsky die Abteilung der Blumen-, Feder- und Palmenarbeiter besichtigte, betonte die Vertreterin des Verbandes bei einer Reihe von Gegenständen: „Das alles ist Kinderarbeit.“ Darauf bemerkte der Graf ganz erstaunt: „Aber wir haben doch ein Kinderschutzgesetz!“ (Bericht des „Vorwärts“ vom 15. Februar 1906.) Die ganze bureaukratische Überschätzung von Papier und Druckerschwärze gegenüber den Erscheinungen des wirklichen Lebens leuchtet aus diesen Worten hervor.

Sehr wichtig ist unter anderem die Mitarbeit der Lehrer; denn da bei Beschäftigung eigener Kinder keine Anzeigepflicht besteht, sind sie die einzigen, die über die gewerbliche Tätigkeit der ihnen anvertrauten Kinder Bescheid wissen. Besonders der Heimarbeit läßt sich ohne Mitwirkung der Lehrerschaft kaum beikommen. Es ist daher sehr erfreulich, daß die Lehrer sich in immer wachsendem Maße an der Überwachung der Kinderarbeit beteiligen. Nach den Gewerbeinspektionsberichten von 1908 besteht diese Mitarbeit auf Anordnung der Regierung hin in Bayern, Baden, Hessen, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Koburg-Gotha. In Preußen, Württemberg, Mecklenburg-Schwerin und Sachsen-Weimar ist die Lehrerschaft nur in einzelnen Bezirken oder Städten zur Mitwirkung herangezogen worden.<sup>1</sup> Und fast ohne Ausnahme wissen die Berichte nur Günstiges über diese Maßregel zu sagen.

Auch wir sozialdemokratischen Frauen haben die Pflicht, daran mitzuarbeiten, daß wenigstens der geringe Schutz, den das Gesetz den Kindern zusichert, zur Wirklichkeit werde. In einzelnen Großstädten haben die Genossinnen bereits den Kinderschutz tatkräftig in die Hand genommen. Besonders die Kinderschutzkommissionen der Leipziger und Dresdener Genossinnen haben auf diesem Gebiet sehr Tüchtiges geleistet. Sie sehen es nicht nur als ihre Aufgabe an, der Kinderausbeutung entgegenzutreten, sie suchen auch Kinderverwahrlosung und Kindermißhandlung nach Kräften zu bekämpfen. Dieses Beispiel sollte allenthalben Nachahmung finden. Gerade Sache der sozialdemokratischen Frauen ist es, darauf hinzuwirken, daß nicht nur die durch das Kinderschutzgesetz verbotene Kinderarbeit verschwindet, sondern daß die Kindererwerbsarbeit überhaupt — auch die heute noch erlaubte — zurückgedrängt wird. Aufgeklärte Arbeiter und Arbeiterinnen müssen es als ein Verbrechen betrachten, ihre Kinder mit für den Erwerb fronden zu lassen, wenn nicht

<sup>1</sup> In Preußen zum Beispiel in Gumbinnen, Potsdam, Stettin, Breslau, Oppeln, Gilsbheim, Minden, Arnberg und Düsseldorf.



die bitterste Not dazu zwingt. Und auch in ihrer Umgebung sollen sie erzieherisch und aufklärend wirken, ihre Hausgenossen und Nachbarn auf die Gefahren der Kinderausbeutung hinweisen. Hier darf nicht das alte egoistische Wort gelten: „Was mich nicht brennt, blase ich nicht!“ Die Sache der Kinder ist Menschheitsache, die jeden etwas angeht.

Wenn man für eine Sache wirksam agitieren will, muß man sie von allen Seiten kennen, muß man gegenüber den möglichen Einwendungen gewappnet sein. Da ist denn ein Umstand nicht aus den Augen zu verlieren: Was ist die Ursache, daß Menscheneltern oft genug schlechter für ihre Nachkommen sorgen als Tiere? Sind ihre Herzen durch Gewinn gier verhärtet? Haben diese Väter und Mütter in der Hausindustrie ihre Kinder nicht auch lieb? Was hat sie zu unbarmherzigen Ausbeutern und Antreibern ihrer Kinder gemacht? Die Not hat sie dazu getrieben, die Not, in die schon ihre Vorfäter gerieten, als sie aus selbständigen Handwerkern oder Bauern zu Lohnslaven des Kapitals wurden. In der Hoffnung, ihr Los zu bessern, haben sie ihre Kinder mit eingespannt in die Erwerbsarbeit — und haben es dadurch nur noch mehr verschlechtert. Von dieser Seite wird uns der Einwand entgegengehalten werden: „Die Kinderarbeit ist für uns wirtschaftlich unentbehrlich!“ Gewiß, das Aufhören der Kindererwerbsarbeit — und seien sie auch noch so niedrig — wird für viele Arbeiterfamilien einen empfindlichen Ausfall bedeuten. Aber, wie schon Ende des dritten Kapitels ausgeführt, dieser Ausfall wird nicht dauernd sein. Unter den heutigen Produktionsverhältnissen werden die arbeitenden Kinder zu Konkurrenten ihrer Eltern und drücken deren Löhne herab. Und wenn diese Konkurrenz der Kinderarbeit auch nicht überall direkt in Frage kommt, so wirkt sie doch überall indirekt, indem sie es den Kapitalisten ermöglicht, die Kosten für die Existenz der Arbeiterfamilien, für die sie im Lohn des Mannes aufzukommen hätten, auf alle Familienglieder abzumwälzen. Wird die Kinderarbeit

jedoch verboten, so können die Unternehmer bei Festsetzung der Löhne für die Erwachsenen nicht mehr mit ihr rechnen und müssen so die Löhne erhöhen. Freilich, sofort und ohne weiteres wird sich diese Lohnerhöhung nicht einstellen. Aber die Arbeiterschaft hat in Gestalt der gewerkschaftlichen Organisation ein Mittel in der Hand, sie zu erzwingen. Wer für die Abschaffung der Kinderarbeit agitiert, muß also auch für die Kräftigung der Gewerkschaften agitieren. Er muß sagen: „Mein Freund, deine Kinder darfst du nicht mehr ausbeuten. Aber den Lohnausfall, der dir daraus entsteht, kannst du wieder ausgleichen, indem du gemeinsam mit deinen Arbeitskollegen um höheren Lohn kämpfst. Und du hast jetzt gute Chancen in diesem Kampfe: die unterbietende Konkurrenz der Kinder ist ausgeschlossen.“ So wird die energische Durchführung des Kinderschutzgesetzes dazu dienen, in den Kopf auch des rückständigsten Heimarbeiters den Gedanken von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu hämmern und damit dem gewerkschaftlichen Kampfe neue Kämpfer und neue Waffen zuführen. Daß die Stärkung unserer politischen Organisation hinter dem Ausbau der Gewerkschaften nicht zurückstehen darf, ist bei der Notwendigkeit weiteren gesetzlichen Vordringens auch auf dem Gebiet des Kinderschutzes selbstverständlich.

Ein anderer Einwand gegen die Abschaffung der Kinderarbeit lautet: „Sollen denn die Kinder nicht arbeiten lernen? Es ist ihnen doch gesund und fürs Leben nützlich, wenn sie früh an Arbeit gewöhnt werden.“ Gewiß, „die produktive körperliche Arbeit der Kinder enthält eine Reihe wichtiger erzieherischer Momente. Gerade im Entwicklungsalter wirkt nichts schädlicher, als einseitige geistige Arbeit. Ausgiebig geistige Betätigung ist unerlässlich. Und wer in diesem Alter nicht lernt, körperlich zu arbeiten, der wird sich später nur schwer dazu bequemen, jene Vertrautheit mit der Arbeit und jene Gewandtheit erlangen, die demjenigen eigen, der sie von Kindheit an getrieben. Aber in der

produktiven Arbeit liegt auch ein starkes ethisches Moment; es ist nicht gleichgültig, ob die Kinder als Parasiten der Gesellschaft aufwachsen oder als nützliche Mitglieder derselben.<sup>1</sup> Jedoch die produktive Arbeit in ihrer heutigen kapitalistischen Form, die Lohnarbeit, entspricht dieser Aufgabe nicht. Sie „drängt stets nach möglichster Auspressung der Arbeitskraft, nach größter Intensität und längster Dauer der Arbeit, zugleich aber auch nach möglichster Eintönigkeit derselben, denn jeder Übergang von einer Arbeit zu einer anderen ist mit einem Zeitverlust verbunden“. Wenn wir die Lohnarbeit der Kinder bekämpfen — sie bleibt auch dort Lohnarbeit, wo die Kinder, ohne selbst Lohn zu empfangen, den Eltern bei der Lohnarbeit helfen. —, so bekämpfen wir deshalb doch nicht die Arbeit der Kinder an sich. Im Gegenteil! Wir fordern vielmehr Aufnahme des Arbeitsunterrichtes in den Lehrplan der Schule.<sup>2</sup> Er soll „die allgemeinen Prinzipien aller Produktionsprozesse erklären und gleichzeitig das Kind und die Jugend in den praktischen Gebrauch und die Handhabung der Elementarwerkzeuge aller Gewerbe einweihen.“<sup>3</sup> Ein solcher Unterricht schärft das Auge, stählt die Muskeln, macht die Hand geschickt, stärkt den Willen und gibt die Grundlage ab zu einer den Kräften und Neigungen des einzelnen angepassten Berufswahl. — Solange dieser Unterricht noch nicht in allen Schulen eingeführt ist, findet sich wohl auch in der Bedarfsarbeit des Haushaltes Gelegenheit, die Kinder zur Tätigkeit anzuhalten; nicht nur die Mädchen, sondern auch die Knaben, von denen heute noch vielfach törichterweise angenommen wird, sie seien zu häuslicher Arbeit zu schade.

<sup>1</sup> Kautsky, Die Agrarfrage, S. 353.

<sup>2</sup> Siehe die Referate von Clara Zetkin über die „Schulfrage“ auf der Frauenkonferenz in Bremen 1904 und von Heinrich Schulz über „Sozialdemokratie und Volkserziehung“ auf dem Parteitag in Mannheim 1906.

<sup>3</sup> Siehe die Beschlüsse des Genfer Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation 1866.

— Die zukünftige Gesellschaft wird, von pädagogischen Gesichtspunkten ausgehend, die Kinder schon frühe zu gesellschaftlich nützlicher Arbeit heranziehen. Die heutige Kinderarbeit jedoch, die nur dem Profit, nicht erziehlischen Zwecken dient, ist unbedingt zu verwerfen.

Diese Betrachtungen zeigen uns zugleich die Grenzen, die der Wirksamkeit der Kinderschutzgesetzgebung heute gesteckt sind. Sie beweisen, daß ein Kinderschutzgesetz, und wenn es auf dem Papier noch so radikal und ideal ausfähe, nur eine Kur gegen die Symptome der Krankheit, nicht gegen die Krankheit selbst bedeutet. Einestheils kann es nicht weit genug gehen, da es die Quelle nicht zu verstopfen vermag, aus der die Kinderausbeutung fließt: das proletarische Massenelend. Anderenteils geht es wieder zu weit, da es notgedrungen die Kinder von der an sich erziehlischen produktiven Arbeit ausschließen muß.<sup>1</sup>

Die Kinderarbeit als Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft ist eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und wird nur mit ihr völlig verschwinden.

Die Kinderarbeit als erziehlischer Faktor von höchster Bedeutung kann erst verwirklicht werden auf dem Boden einer sozialistischen Produktionsweise.

Es gilt, die Agitation darauf zu richten, daß die Eltern aufhören, die Ausbeutung ihrer Kinder als etwas Natürliches und Selbstverständliches anzusehen. Es gilt, sie aufzurütteln zum gewerkschaftlichen Kampfe um bessere Löhne. Es gilt aber auch, sie anzufeuern zu politischem Kampfe gegen eine Gesellschaftsordnung, die sie zwingt, an den eigenen Kindern zu Verbrechern zu werden.

<sup>1</sup> Über diese Seite der Kinderschutzgesetzgebung vgl. Kautsky, Die Agrarfrage, S. 353 ff., und Bernstein, Der Sozialismus und die gewerbliche Arbeit der Jugend, „Neue Zeit“ XVI, 1, S. 37.

## **Erster Anhang.**

### **Gesetz, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben.**

Vom 30. März 1903. (RGBl. Nr. 14, S. 113—120.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser,  
König von Preußen usw.  
verordnen im Namen des Reiches, nach erfolgter Zustimmung  
des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

#### **I. Einleitende Bestimmungen.**

##### **§ 1.**

Auf die Beschäftigung von Kindern in Betrieben, welche als gewerbliche im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen sind, finden neben den bestehenden reichsrechtlichen Vorschriften die folgenden Bestimmungen Anwendung, und zwar auf die Beschäftigung fremder Kinder die §§ 4 bis 11, auf die Beschäftigung eigener Kinder die §§ 12 bis 17.

##### **§ 2.**

**Kinder im Sinne dieses Gesetzes.**

Als Kinder im Sinne dieses Gesetzes gelten Knaben und Mädchen unter 18 Jahren, sowie solche Knaben und Mädchen über 18 Jahre, welche noch zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind.

##### **§ 3.**

**Eigene, fremde Kinder.**

Im Sinne dieses Gesetzes gelten als eigene Kinder:

1. Kinder, die mit demjenigen, welcher sie beschäftigt, oder mit dessen Ehegatten bis zum dritten Grade verwandt sind,
2. Kinder, die von demjenigen, welcher sie beschäftigt, oder dessen Ehegatten an Kindes Statt angenommen oder bevormundet sind,

3. Kinder, die demjenigen, welcher sie zugleich mit Kindern der unter 1 oder 2 bezeichneten Art beschäftigt, zur gesetzlichen Zwangserziehung (Fürsorgeerziehung) überwiesen sind, sofern die Kinder zu dem Hausstand desjenigen gehören, welcher sie beschäftigt.

Kinder, welche hiernach nicht als eigene Kinder anzusehen sind, gelten als fremde Kinder.

Die Vorschriften über die Beschäftigung eigener Kinder gelten auch für die Beschäftigung von Kindern, welche in der Wohnung oder Werkstätte einer Person, zu der sie in einem der im Abs. 1 bezeichneten Verhältnisse stehen und zu deren Hausstand sie gehören, für Dritte beschäftigt werden.

## II. Beschäftigung fremder Kinder.

### § 4.

#### Verbotene Beschäftigungsarten.

Bei Bauten aller Art, im Betrieb derjenigen Ziegeleien und über Tage betriebenen Brüche und Gruben, auf welche die Bestimmungen der §§ 134 bis 139b der Gewerbeordnung keine Anwendung finden, und der in dem anliegenden Verzeichnis aufgeführten Werkstätten, sowie beim Steineflopfen, im Schornsteinfegergewerbe, in dem mit dem Expeditionsgeschäft verbundenen Fuhrwerksbetrieb, beim Mischen und Mahlen von Farben, beim Arbeiten in Kellereien dürfen Kinder nicht beschäftigt werden.

Der Bundesrat ist ermächtigt, weitere ungeeignete Beschäftigungen zu untersagen und das Verzeichnis abzuändern. Die beschlossenen Abänderungen sind durch das Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen und dem Reichstag sofort oder, wenn derselbe nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnissnahme vorzulegen.

### § 5.

Beschäftigung im Betrieb von Werkstätten, im Handelsgewerbe und in Verkehrsgewerben.

Im Betrieb von Werkstätten (§ 18), in denen die Beschäftigung von Kindern nicht nach § 4 verboten ist, im Handelsgewerbe (§ 105b Abs. 2, 3 der Gewerbeordnung) und in Ver-

kehrsgewerben (§ 105i Abs. 1 a. a. D.) dürfen Kinder unter 12 Jahren nicht beschäftigt werden.

Die Beschäftigung von Kindern über 12 Jahre darf nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterricht stattfinden. Sie darf nicht länger als drei Stunden und während der von der zuständigen Behörde bestimmten Schulferien nicht länger als vier Stunden täglich dauern. Um Mittag ist den Kindern eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren. Am Nachmittag darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach beendeterm Unterrichte beginnen.

### § 6.

Beschäftigung bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und anderen öffentlichen Schaustellungen.

Bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und anderen öffentlichen Schaustellungen dürfen Kinder nicht beschäftigt werden.

Bei solchen Vorstellungen und Schaustellungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst und Wissenschaft obwaltet, kann die untere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde Ausnahmen zulassen.

### § 7.

Beschäftigung im Betrieb von Gast- und von Schankwirtschaften.

Im Betrieb von Gast- und von Schankwirtschaften dürfen Kinder unter 12 Jahren überhaupt nicht und Mädchen (§ 2) nicht bei der Bedienung der Gäste beschäftigt werden. Im übrigen finden auf die Beschäftigung von Kindern über 12 Jahre die Bestimmungen des § 5 Abs. 2 Anwendung.

### § 8.

Beschäftigung beim Austragen von Waren und bei sonstigen Botengängen.

Auf die Beschäftigung von Kindern beim Austragen von Waren und bei sonstigen Botengängen in den in §§ 4 bis 7 bezeichneten und in anderen gewerblichen Betrieben finden die Bestimmungen des § 5 entsprechende Anwendung.

Für die ersten zwei Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes kann die untere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der

Schulaufsichtsbehörde für ihren Bezirk oder Teile desselben allgemein oder für einzelne Erwerbszweige gestatten, daß die Beschäftigung von Kindern über 12 Jahre bereits von 6½ Uhr morgens an und vor dem Vormittagsunterricht stattfindet; jedoch darf sie vor dem Vormittagsunterricht nicht länger als eine Stunde dauern.

## § 9.

## Sonntagsruhe.

An Sonn- und Festtagen (105a Abs. 2 der Gewerbeordnung) dürfen Kinder, vorbehaltlich der Bestimmungen in Abs. 2, 3, nicht beschäftigt werden.

Für die öffentlichen theatralischen Vorstellungen und sonstigen öffentlichen Schaustellungen bewendet es auch an Sonn- und Festtagen bei den Bestimmungen des § 6.

Für das Austragen von Waren sowie für sonstige Botengänge bewendet es bei den Bestimmungen des § 8. Jedoch darf an Sonn- und Festtagen die Beschäftigung die Dauer von zwei Stunden nicht überschreiten und sich nicht über 1 Uhr nachmittags erstrecken, auch darf sie nicht in der letzten halben Stunde vor Beginn des Hauptgottesdienstes und nicht während desselben stattfinden.

## § 10.

## Anzeige.

Sollen Kinder beschäftigt werden, so hat der Arbeitgeber vor dem Beginn der Beschäftigung der Ortspolizeibehörde eine schriftliche Anzeige zu machen. In der Anzeige sind die Betriebsstätte des Arbeitgebers sowie die Art des Betriebs anzugeben.

Die Bestimmung des Abs. 1 findet keine Anwendung auf eine bloß gelegentliche Beschäftigung mit einzelnen Dienstleistungen.

## § 11.

## Arbeitskarte.

Die Beschäftigung eines Kindes ist nicht gestattet, wenn dem Arbeitgeber nicht zuvor für dasselbe eine Arbeitskarte eingehändigt ist. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf eine bloß gelegentliche Beschäftigung mit einzelnen Dienstleistungen.

Die Arbeitskarten werden auf Antrag oder mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters durch die Ortspolizeibehörde des-

jenigen Ortes, an welchem das Kind zuletzt seinen dauernden Aufenthaltort gehabt hat, kosten- und stempelfrei ausgestellt; ist die Erklärung des gesetzlichen Vertreters nicht zu beschaffen, so kann die Gemeindebehörde die Zustimmung ergänzen. Die Karten haben den Namen, Tag und Jahr der Geburt des Kindes sowie den Namen, Stand und letzten Wohnort des gesetzlichen Vertreters zu enthalten.

Der Arbeitgeber hat die Arbeitskarte zu verwahren, auf amtliches Verlangen vorzulegen und nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses dem gesetzlichen Vertreter wieder auszuhändigen. Ist die Wohnung des gesetzlichen Vertreters nicht zu ermitteln, so erfolgt die Aushändigung der Arbeitskarte an die im Abs. 2 bezeichnete Ortspolizeibehörde.

Die Bestimmungen des § 4 des Gewerbeverordnungs-Gesetzes vom 29. September 1901 (Reichsgesetzblatt S. 353) über die Zuständigkeit der Gewerbegerichte für Streitigkeiten hinsichtlich der Arbeitsbücher finden entsprechende Anwendung.

## III. Beschäftigung eigener Kinder.

## § 12.

## Verbotene Beschäftigungsarten.

In Betrieben, in denen gemäß den Bestimmungen des § 4 fremde Kinder nicht beschäftigt werden dürfen, sowie in Werkstätten, in welchen durch elementare Kraft (Dampf, Wind, Wasser, Gas, Luft, Elektrizität usw.) bewegte Triebwerke nicht bloß vorübergehend zur Verwendung kommen, ist auch die Beschäftigung eigener Kinder untersagt.

## § 13.

Beschäftigung im Betrieb von Werkstätten, im Handelsgewerbe und in Verkehrsgewerben.

Im Betriebe von Werkstätten, in denen die Beschäftigung von Kindern nicht nach § 12 verboten ist, im Handelsgewerbe und in Verkehrsgewerben dürfen eigene Kinder unter 10 Jahren überhaupt nicht, eigene Kinder über 10 Jahre nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt werden. Am Mittag ist den Kindern eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren. Am

Nachmittag darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach beendeten Unterricht beginnen.

Eigene Kinder unter 12 Jahren dürfen in der Wohnung oder Werkstätte einer Person, zu der sie in einem der im § 3 Abs. 1 bezeichneten Verhältnisse stehen, für Dritte nicht beschäftigt werden.

An Sonn- und Festtagen dürfen auch eigene Kinder im Betriebe von Werkstätten und im Handelsgewerbe sowie im Verkehrsgewerbe nicht beschäftigt werden.

#### § 14.

##### Besondere Befugnisse des Bundesrats.

Der Bundesrat ist ermächtigt, für die ersten zwei Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes für einzelne Arten der im § 12 bezeichneten Werkstätten, in denen durch elementare Kraft bewegte Triebwerke nicht bloß vorübergehend zur Verwendung kommen, und der im § 13 Abs. 1 bezeichneten Werkstätten Ausnahmen von den daselbst vorgesehenen Bestimmungen zuzulassen.

Nach Ablauf dieser Zeit kann der Bundesrat für einzelne Arten der im § 12 bezeichneten Werkstätten mit Motorbetrieb die Beschäftigung eigener Kinder nach Maßgabe der Bestimmungen im § 13 Abs. 1 unter der Bedingung gestatten, daß die Kinder nicht an den durch die Triebkraft bewegten Maschinen beschäftigt werden dürfen. Auch kann der Bundesrat für einzelne Arten der im § 13 Abs. 1 bezeichneten Werkstätten Ausnahmen von dem Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 10 Jahren zulassen, sofern die Kinder mit besonders leichten und ihrem Alter angemessenen Arbeiten beschäftigt werden; die Beschäftigung darf nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens stattfinden; um Mittag ist den Kindern eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren; am Nachmittage darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach beendeten Unterrichte beginnen. Die Ausnahmebestimmungen können allgemein oder für einzelne Bezirke erlassen werden.

#### § 15.

Beschäftigung bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und anderen öffentlichen Schaustellungen.

Auf die Beschäftigung eigener Kinder bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und anderen öffentlichen Schaustellungen finden die Bestimmungen des § 6 Anwendung.

#### § 16.

##### Beschäftigung im Betrieb von Gast- und von Schankwirtschaften.

Im Betrieb von Gast- und von Schankwirtschaften dürfen Kinder unter 12 Jahren überhaupt nicht und Mädchen (§ 2) nicht bei der Bedienung der Gäste beschäftigt werden. Die untere Verwaltungsbehörde ist befugt, nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde in Orten, welche nach der jeweilig letzten Volkszählung weniger als 20000 Einwohner haben, für Betriebe, in welchen in der Regel ausschließlich zur Familie des Arbeitgebers gehörige Personen beschäftigt werden, Ausnahmen zuzulassen. Im übrigen finden auf die Beschäftigung von eigenen Kindern die Bestimmungen des § 13 Abs. 1 Anwendung.

#### § 17.

##### Beschäftigung beim Austragen von Waren und bei sonstigen Botengängen.

Auf die Beschäftigung beim Austragen von Zeitungen, Milch und Backwaren finden die Bestimmungen im § 8, § 9 Abs. 3 dann Anwendung, wenn die Kinder für Dritte beschäftigt werden.

Im übrigen ist die Beschäftigung von eigenen Kindern beim Austragen von Waren und bei sonstigen Botengängen gestattet. Durch Polizeiverordnungen der zum Erlass solcher berechtigten Behörden kann die Beschäftigung beschränkt werden.

#### IV. Gemeinsame Bestimmungen.

#### § 18.

##### Werkstätten im Sinne dieses Gesetzes.

Als Werkstätten gelten neben den Werkstätten im Sinne des § 105b Abs. 1 der Gewerbeordnung auch Räume, die zum Schlafen, Wohnen oder Kochen dienen, wenn darin gewerbliche Arbeit verrichtet wird, sowie im Freien gelegene gewerbliche Arbeitsstellen.

#### § 19.

##### Abweichungen von der gesetzlichen Zeit.

Beträgt der Unterschied zwischen der gesetzlichen Zeit und der Ortszeit mehr als eine Viertelstunde, so kann die höhere Verwaltungsbehörde bezüglich der in diesem Gesetze vorgesehenen

Bestimmungen über Anfang und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit für ihren Bezirk oder einzelne Teile desselben Abweichungen von der Vorschrift über die gesetzliche Zeit in Deutschland (Gesetz vom 12. März 1893, Reichsgesetzblatt S. 93) zulassen. Die Abweichungen dürfen nicht mehr als eine halbe Stunde betragen. Die gesetzlichen Bestimmungen über die zulässige Dauer der Beschäftigung bleiben unberührt.

## § 20.

## Besondere polizeiliche Befugnisse.

Die zuständigen Polizeibehörden können im Wege der Verfügung eine nach den vorstehenden Bestimmungen zulässige Beschäftigung, sofern dabei erhebliche Mißstände zutage getreten sind, auf Antrag oder nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde für einzelne Kinder einschränken oder untersagen, sowie, wenn für das Kind eine Arbeitskarte erteilt ist (§ 11), diese entziehen und die Erteilung einer neuen Arbeitskarte verweigern.

Die zuständigen Polizeibehörden sind ferner befugt, zur Beseitigung erheblicher, die Sittlichkeit gefährdender Mißstände im Wege der Verfügung für einzelne Gast- oder Schankwirtschaften die Beschäftigung von Kindern weiter einzuschränken oder zu untersagen.

## § 21.

## Aufsicht.

Insofern nicht durch Bundesratsbeschluß oder durch die Landesregierungen die Aufsicht anderweitig geregelt ist, finden die Bestimmungen des § 139b der Gewerbeordnung Anwendung.

In Privatwohnungen, in denen ausschließlich eigene Kinder beschäftigt werden, dürfen Revisionen während der Nachtzeit nur stattfinden, wenn Tatsachen vorliegen, welche den Verdacht der Nachtbeschäftigung dieser Kinder begründen.

## § 22.

## Zuständige Behörden.

Welche Behörden in jedem Bundesstaat unter der Bezeichnung höhere Verwaltungsbehörde, untere Verwaltungsbehörde, Schulaufsichtsbehörde, Gemeindebehörde, Polizeibehörde, Ortspolizeibehörde zu verstehen sind, wird von der Zentralbehörde des Bundesstaats bekannt gemacht.

## V. Strafbestimmungen.

## § 23.

Mit Geldstrafe bis zu zweitausend Mark wird bestraft, wer den §§ 4 bis 8 zuwiderhandelt.

Im Falle gewohnheitsmäßiger Zuwiderhandlung kann auf Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten erkannt werden.

Der § 75 des Gerichtsverfassungsgesetzes findet Anwendung.

## § 24.

Mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark wird bestraft:

1. wer dem § 9 zuwider Kindern an Sonn- und Festtagen Beschäftigung gibt;

2. wer den auf Grund des § 20 hinsichtlich der Beschäftigung fremder Kinder endgültig ergangenen Verfügungen zuwiderhandelt.

Im Falle gewohnheitsmäßiger Zuwiderhandlung kann auf Haft erkannt werden.

## § 25.

Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark wird bestraft:

1. wer den §§ 12 bis 16, § 17 Abs. 1 zuwiderhandelt;

2. wer den auf Grund des § 20 hinsichtlich der Beschäftigung eigener Kinder endgültig ergangenen Verfügungen oder den auf Grund des § 17 Abs. 2 erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt.

Im Falle gewohnheitsmäßiger Zuwiderhandlung kann auf Haft erkannt werden.

## § 26.

Mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark werden Arbeitgeber bestraft, welche es unterlassen, den durch § 10 für sie begründeten Verpflichtungen nachzukommen.

## § 27.

Mit Geldstrafe bis zu zwanzig Mark wird bestraft:

1. wer entgegen der Bestimmung des § 11 Abs. 1 ein Kind in Beschäftigung nimmt oder behält;

2. wer der Bestimmung des § 11 Abs. 3 in Ansehung der Arbeitskarten zuwiderhandelt.

## § 28.

Die Strafverfolgung der im § 24 bezeichneten Vergehen verjährt binnen drei Monaten.

## § 29.

Die Bestimmungen des § 151 der Gewerbeordnung finden Anwendung.

## VI. Schlußbestimmungen.

## § 30.

Die vorstehenden Bestimmungen stehen weitergehenden landesrechtlichen Beschränkungen der Beschäftigung von Kindern in gewerblichen Betrieben nicht entgegen.

## § 31.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1904 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloß, den 30. März 1903.

(L. S.)

Wilhelm.

Graf v. Posadowsky.

## Zweiter Anhang.

Verzeichnis derjenigen Werkstätten, in deren Betrieb, abgesehen vom Austragen von Waren und von sonstigen Botengängen, Kinder nicht beschäftigt werden dürfen.

Gruppe der Gewerbe- statistik	Bezeichnung der Werkstätten
IV.	<p>Werkstätten zur Anfertigung von Schieferwaren, Schiefertafeln und Griffeln, mit Ausnahme von Werkstätten, in denen lediglich das Färben, Bemalen und Besseln, sowie die Verpackung von Griffeln und das Färben, Linieren und Einrahmen von Schiefertafeln erfolgt.</p> <p>Werkstätten der Steinmetzen, Steinhauer.</p> <p>Werkstätten der Steinbohrer, -schleifer und -polierer.</p> <p>Kalkbrennereien, Gipsbrennereien.</p> <p>Werkstätten der Töpfer.</p> <p>Werkstätten der Glasbläser, -äher, -schleifer oder -mattierer, mit Ausnahme der Werkstätten der Glasbläser, in denen ausschließlich vor der Lampe geblasen wird.</p> <p>Spiegelbelegereien.</p>
V.	<p>Werkstätten, in denen Gegenstände auf galvanischem Wege durch Vergolden, Versilbern, Vernickeln und dergleichen mit Metallüberzügen versehen werden oder in denen Gegenstände auf galvanoplastischem Wege hergestellt werden.</p> <p>Werkstätten, in denen Blei- und Zinnspielwaren bemalt werden.</p> <p>Blei-, Zink-, Zinn-, Rot- und Gelbgießereien und sonstige Metallgießereien.</p>



Gruppe der Gewerbe- statistik	Bezeichnung der Werkstätten
	Werkstätten der Gürtler und Bronzeure. Werkstätten, in denen Blei, Kupfer, Zink oder Legierungen dieser Metalle bearbeitet oder verarbeitet werden. Metallschleifereien und polierereien. Feilenhauereien.
VI.	Garnischmachereien, Bleianknüpfereien. Werkstätten, in denen Quecksilber verwandt wird.
VII.	Werkstätten zur Herstellung von Explosivstoffen, Feuerwerkskörpern, Zündhölzern und sonstigen Zündwaren. Abdeckereien.
IX.	Werkstätten, in denen Gespinste, Gewebe und dergleichen mittels chemischer Agentien gebleicht werden. Färbereien. Lumpenfortierereien.
XI.	Felleinsalzereien, Gerbereien. Werkstätten zur Verfertigung von Gummi-, Guttapercha- und Kautschukwaren. Werkstätten zur Verfertigung von Polsterwaren. Roßhaarspinnereien.
XII.	Werkstätten der Perlmutterverarbeitung. Haar- und Borstenzurichtereien, Bürsten- und Pinselmachereien, sofern mit ausländischem tierischen Materiale gearbeitet wird.
XIII.	Fleischereien.
XIV.	Hasenhaarschneidereien. Bettfedernreinigungsanstalten. Chemische Waschanstalten.
XV.	Werkstätten der Maler und Anstreicher.

Wir empfehlen zum Abonnement:

## Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Mit den Beilagen

„Für unsere Kinder“ und „Frauen-Beilage“.

Redigiert von Klara Zetkin.

—••• Erscheint alle vierzehn Tage. •••—

Wie bisher, so wird die „Gleichheit“ auch fernerhin mit aller Energie und Schärfe kämpfen für die volle soziale Befreiung der proletarischen Frauenwelt, wie sie einzig und allein möglich ist in einer sozialistischen Gesellschaft. Denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen die Ursache jeder gesellschaftlichen Unterdrückung und Unfreiheit: die wirtschaftliche Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen Menschen, der Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, der soziale Gegensatz zwischen Mann und Frau, zwischen Kopfarbeit und Handarbeit.

Die Aufhebung dieser Gegensätze kann jedoch nur erfolgen durch den Klassenkampf: die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein. Will die proletarische Frau frei werden, so muß sie sich der allgemeinen sozialistischen Arbeiterbewegung anschließen. Und nur ihr, keineswegs aber der bürgerlichen Frauenrechtelei, die zwar zugunsten des weiblichen Geschlechts innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft reformieren will, aber grundsätzlich eine Revolution der Gesellschaft zugunsten der ausgebeuteten Klasse zurückweist. Der charakterisierte Standpunkt, der Standpunkt des Klassenkampfes aber muß in einem Organ für die Interessen der proletarischen Frauen scharf und unzweideutig betont werden. Und dies um so schärfer, je mehr sich bürgerliche Frauenrechtlerinnen anlegen sein lassen, durch allgemeine humanitäre Phrasen und kleinliche Konzessionen an Reformforderungen der Arbeiterinnen

Quertreiberei unter die proletarische Frauenwelt tragen und sie dem Klassenkampf entziehen zu wollen.

Gerade aber die proletarischen Frauen für den Klassenkampf zu schulen, das wird auch in Zukunft die vornehmste Aufgabe der „Gleichheit“ bleiben. Dem Ansturm der Reaktion gegen die sozialistische Bewegung zum Trotz; der besonderen Reaktion gegen die klassenbewußten Proletarierinnen zum Trotz! Ihrem alten Programm getreu wird die „Gleichheit“ immerdar rufen zu dem Streit, wo „ein Hüben und Drüben nur gilt“. Wir hoffen, daß sich das Blatt damit die alten Sympathien erhalten und neue Sympathien erwerben wird.

---

### **Abonnements-Bedingungen.**

Die „Gleichheit“ kostet durch die Post oder durch unsere Filialexpeditionen bezogen vierteljährlich 55 Pfennig ohne Bestellgeld.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Probe- und Agitationsnummern der „Gleichheit“ werden jederzeit gratis abgegeben.

---